Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

# Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

## Digitale Sammlungen

04.02.1931 (Nr. 6)

Visual Library

# Bremer Nationalsozialistische Zeitung

Einzelpreis 20 Pfg.

Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten

Geschäftsstelle und Redaktion: Bremen, Bahnhofstr. 26.
Fernsprecher Domsh. 25878. Erscheint wöchentlich 2 mal.
Bezugspreis monatlich 0.92 RM einschl. Bestellgeld.

Anzeigen: Die 10-gesp. Nonp.-Zeile 0.25 RM. Stellengesuche u. Fam.-Anz. 0.10 RM. Kl.Anz. 0.15 RM. Ersatzansprüche können nicht gestellt werden, wenn das Erscheinen verhindert.

Nr. 6 | 4. Februar 1931 | 1. Jahrg.


# NSDAP nicht staatsgefährlich!

## Völkischer Beobachter verboten. Geplanter Staatsstreich? Wieder ein S.A.-Mann erschossen.

## Um das Schächtverbot in Bremen.

### Was ist es mit dem Schächten?

(Nachdruck verboten.)

Von sachlich gut unterrichteter Seite, dem 1. Vorsitzenden der Gesellschaft für Tierkunde und Naturschutz, Herrn Tierarzt und Dr. phil. E. Jacob, Huchting, erhielten wir auf unseren Wunsch nachstehende, von jeder parteipolitischen Stellungnahme absichtlich freien Ausführungen zu dem augenblicklich akuten Thema. Red.

Ein uralter Ritus gebietet den Mohamedanern und den Juden, nur solches Fleisch zu genießen, welches von geschächteten Rindern, Schafen, Hühnern, Wild etc. herrührt. Mit einem großen, scharfen Messer wird zu diesem Zwecke der gestreckte Hals des Tieres auf der Kehlseite möglichst bis auf die Knochen der Wirbelsäule durchgetrennt. Der richtig ausgeführte Schächtschnitt geht also durch Haut, Muskulatur und dicke Nervenstränge, durch die beiden großen Venen und die Hauptschlagadern zum Kopfe, durch Speiseröhre und Luftröhre hindurch, im ganzen 18, z. T. hochempfindliche Organe. Dieser grauenhafte Schnitt wird von wilden Völkern Afrikas gelegentlich auch Menschen gegenüber angewandt; so endete z. B. das hochverdienten Deutschen Emin Pascha's tatenreiches Leben.

In der ältesten talmudischen Quelle, dem Sifre zu Deuteronomium 12, 21 wird das Schlachten bereits als ein Gebot der Tora für den Israeliten bezeichnet. Da jedoch die Art des Schlachtens im Pentateuch nirgends bestimmt wird, so meint der Talmud, daß Vorschriften hierüber von Gott dem Moses mündlich gegeben worden seien. Der Talmud kürzt nun die den orthodoxen Juden als Hauptbeweis dienende Stelle: „Du sollst schlachten — nämlich im gewöhnlichen Leben — wie ich dir geboten habe" um die dazwischen liegenden Worte: „von deinem Rind und Kleinvieh, welches der Ewige dir gegeben". Es ist dadurch klar, daß sich das „wie ich dir geboten" überhaupt nicht auf jüdische Opfervorschriften beziehen kann, sondern auf die anderweits niedergelegten Bestimmungen über die dem Juden zum Genuß erlaubten Tiergattungen. Diese, aus dem rabbinisch-theologischen Gutachten des Rabbiners Dr. L. Stein, Frankfurt a. M., über das Schächten entnommenen Ausführungen zeigen deutlich, auf wie schwanken Füßen das nicht als Religionshandlung anzusprechende Schächten auf dem Schlachthofe steht. Ich könnte noch zahlreiche Belege dafür anbringen, in welcher unmißverständlichen Weise bedeutende Juden gegen das Schächten geschrieben haben, hier jedoch nur die Nr. 6 der Monatsschrift „Jüdische Gemeinde" vom 15. April 1927, ein durchaus ernst zu nehmendes Blatt, dessen „letztes Ziel die Umschöpfung des jüdischen Menschen aus dem Charleston-Chaotiker in den Moses-Typ ist". Wörtlich: „Aber heutzutage gibt es keinen vernünftigen Grund, aus leerer Nachäfferei und geistlosem Hangen am Ueberlieferten trotz des gegenteiligen Talmudgebotes Tierquälerei zu fordern. Nur wer heute tatsächlich noch in animistischen Vorstellungen uralter Zeiten befangen wäre, hätte ein moralisches Recht, koscheres Fleisch zu beanspruchen; für alle anderen Menschen sind die Voraussetzungen längst gefallen."

Der Schächtakt bei den Juden und Mohamedanern unterscheidet sich nun noch in einem praktisch wesentlichen Punkte. Wie uns alle Afrikareisenden immer wieder berichteten, kommen nach einem Schuß auf eßbares Hochwild sofort ihre mohamedanischen Bediensteten angelaufen, um an dem bereits toten oder verwundeten Tier den Schächtschnitt anzulegen. Ohne diesen ausgeführt zu haben, rühren sie das Fleisch nicht an. Es bestehen also offenbar keine religiösen Bedenken, wenn der Schächtschnitt durch den Hals eines frisch getöteten oder irgendwie betäubten Tieres geht. Ganz anders die Juden. Hier besteht noch die besondere Vorschrift, daß kein lebenswichtiges Organ vor der Schlachtung zerrissen (terepha) sein darf; insbesondere soll die Hirnhaut nicht durchlöchert werden. In praxi führt nun diese Bestimmung zur Ablehnung einer vorausgehenden Betäubung der zu schächtenden Geschöpfe. Obwohl der Talmud nirgends dem gläubigen Juden verbietet, seinen Schlachttieren die Wohltat der Betäubung zuteil werden zu lassen, hält orthodoxes Judentum an dieser Vorschrift finsteren Mittelalters mit einer Zähigkeit fest, die wirklich einer besseren Sache wert wäre. Dabei hat das Judentum Gebote Moses als nicht mehr zeitgemäß abgeschafft, welche entschieden bindender sind als die talmudischen Ursprungs. Ich erwähne hier nur:

1) Der im zweiten und dritten Buch Mose befohlene und beschriebene Opferdienst.
2) Das Verbot des Zinsauferlegens für Gelddarlehen (2. Buch Mose.)
3) Die Gesetzesvorschrift für das Jubeljahr: Alle 50 Jahre soll alles inzwischen verkaufte persönliche oder Grundeigentum etc. (nur nicht die städtischen Wohnhäuser) an die ursprünglichen Eigentümer zurückfallen usw. usw.

Neben der religiösen Seite — merkwürdigen, „heiligen Religionsausübung auf dem Schlachthofe" —, deren Kenntnis für jeden Tierschützer unbedingte Voraussetzung ist, hat das Schächtproblem noch eine ethische Seite, die durch wissenschaftliche Argumente vielfach getrübt worden ist. Zugegeben, daß die alten Juden nach ihren Schriften eine große Tierliebe besessen haben, aber Betrachtungen über eine möglichst schnelle und schmerzlose Tötungsart sind nicht der Grund zur Ausführung des Schächtschnittes gewesen. Wenn auch von jüdischer Seite mit einem riesigen Aufwand an wissenschaftlich sein wollendem Material die Behauptung verbreitet wird, sofort nach dem scharfen Schnitt trete Blutleere im Gehirn und damit Bewußtlosigkeit bei dem geschächteten Lebewesen ein, so wird das einfach durch die Tatsachen widerlegt. Der Schächtschnitt ist nämlich nur ein Halsschnitt, der lediglich die Halsblutgefäße durchschneidet sowie die Luftröhre, weshalb geschächtete Tiere ihrem rasenden Schmerz nicht durch Schreien Ausdruck verleihen können. Die Wirbelblutgefäße aber sind durch den Schnitt nicht mit eröffnet! Unser, beim Großvieh nach der Betäubung gebräuchliche Brustistich eröffnet dagegen die großen Blutgefäße nahe dem Herzen noch vor ihrer Teilung. Von einer geradezu schlagenden Beweiskraft sind schließlich die durch Photographien belegten Experimente an geschächteten Tieren ohne Fesselung durch den Schlachthofdirektor Dr. Klein in Lemnep. Erst nach vierzig Sekunden, eine unerhört lange Zeit, wenn man dabei auf die Uhr schaut, waren die mit der stark blutenden Wunde umherlaufenden Ochsen usw. einwandfrei bewußtlos! Der gegen diese Versuche vorgebrachte Einwand von Schächtverteidigern, die ekelhafte Geschichte des Schächtens dauere hier länger, weil durch mangelnde Halsstreckung die Wunde nicht klaffe, entspricht weder den Tatsachen noch steht sie in direkter logischer Beziehung zur Lösung der wissenschaftlichen Kardinalfrage: Macht der Schächtschnitt bewußtlos oder nicht?

Obgleich zwar wissenschaftliche Bekundungen zur ethischen Seite des Schächtproblemes, liegt hier Tierquälerei nach richterlichem Ermessen und wahrem Volksempfinden vor oder nicht, wenig besagen, schon aus dem Grunde, weil uns kein Wissenschaftler mit Bestimmtheit mitteilen kann, wie es einem geschächteten Lebewesen wirklich zu Mute ist, so möchte ich doch noch ganz kurz zu einer fleißig verbreiteten Gutachtensammlung eines Berliner „Schächtschutzbüros" Stellung nehmen. Dieses hat verschiedenen Hirnphysiologen 12 Fragen vorgelegt, welche sich, mit einer Ausnahme, garnicht auf das betäubungslose Schächten beziehen, sondern nur eine Reihe von Sonderfragen über die Deutung von Erscheinungen nach dem Schnitte zum Gegenstand haben. Die Beschreibung dieser Erscheinungen in der Fragestellung ist nicht nur falsch, sondern im hohen Grade irreführend. Auch treffen sie den Kern der Sache nicht, da sie viel zu eng begrenzt sind. Sehr bedenklich aber ist, daß in dieser Gutachtensammlung ein Begleitschreiben meines hochverehrten Lehrers, Prof. Dr. E. Mangold-Berlin, welches ein geradezu vernichtendes Urteil über das betäubungslose Schächten einschließlich der nicht berührten Fragen darstellt, von den Herausgebern nicht mit aufgenommen worden ist!!!

Zusammenfassend möchte ich also nochmals hervorheben, daß das Schächten ohne die Wohltat einer vorausgehenden Betäubung

1) bei Tieren, die lediglich für den täglichen Bedarf (nicht zu Opferzwecken) geschlachtet werden, als eindeutige Religionsvorschrift nirgends belegt werden kann, also nicht im Sinne des Artikels 135 der Reichsverfassung zur freien Religionsausübung (auf einem Schlachthofe!?) zu rechnen ist,

2) sowohl objektiv als auch gefühlsmäßig abscheuliche Tierquälerei bedeutet. Dies gibt sich auch zu erkennen im neuen Entwurf der Strafrechtsparagraphen 366 und 412, welchen noch ein Absatz über die Strafreiheit des rituellen Schächtens extra hinzugefügt worden ist!

„Solange die Staatsbehörden nicht für nötig halten, gegen diesen Ritus einzuschreiten, muß er überall fortbestehen", schrieb wörtlich Rabbiner Dr. Landsberg und auf meine Aufforderung als 1. Vorsitzender an die Anwesenden, anläßlich eines Vortrages des Bremer Gemeinderabbiners Dr. F. Aber, sich selbst doch einmal auf dem Schlachthofe — was auch besonders der Bürgerschaft empfohlen werde! — die ekelhafte Schächtprozedur anzuschauen, widersprach der Rabbiner ganz energisch mit dem Hinweis: „Der nicht wissenschaftlich geschulte Laie könne leicht das ganze als Tierquälerei empfinden". Eine ehrlichere Bestätigung der herrschenden Volksansicht darüber kann es wohl kaum geben!

## Wieder ein S.-A.-Mann erschossen.

**Berlin**, 31. Januar. Soeben erreicht uns die Mitteilung, daß feige Vertiertheit politischen Strolchtums wieder das Leben eines Nationalsozialisten ausgelöscht hat.

Während gestern Tausende und aber Tausende den Berliner Sportpalast zum Auseinanderbrechen füllten, alle Herzen höher schlugen in Hingabe, Treue und Bekennerwillen, trotz Terror und Not, fiel abermals ein Opfer auf dem steilen Wege zu Deutschlands Erneuerung.

Bei einer am Freitag abend in Mohlz bei Niesky in der Oberlausitz abgehaltenen nationalsozialistischen Versammlung kam es zu blutigen Zusammenstößen mit Kommunisten, bei denen zwei Nationalsozialisten durch Messerstiche verletzt wurden.

Am gleichen Abend wurde ein Lastauto mit Nationalsozialisten auf der Straße Niesky-See von Kommunisten beschossen. Dabei wurde ein Nationalsozialist durch einen Bauchschuß schwer verletzt.

Er starb kurz nach seiner Einlieferung in das Görlitzer Krankenhaus.

•

Wir haben gelernt, die Zähne zusammenzubeißen und mit hämmerndem Herzen auf den Tag zu warten, der unser Tag sein wird. Erschütternd beugen wir an der Bahre auch dieses Gemeuchelten unsere Häupter und erneuern den Schwur: „Auch Du Kamerad, sollst nicht vergebens gestorben sein!" Jener Schwur, der uns unausgesprochen Tag und Nacht begleitet, sei es, daß wir uns in der Enge täglicher Kleinarbeit tummeln, sei es, daß wir, wie gestern Abend, Augenblicke siegesfrohester Hochstimmung erleben dürfen. Einst kommt der Tag, da werden wir die Richter sein!

# Aus der Bürgerschaft.

**Versagen der bürgerlichen Parteien bei den Polizeigesetzanträgen.**

Wer an der zweiten Sitzung der Bremischen Bürgerschaft am letzten Freitag teilgenommen hat, hatte wieder mal reichlich Gelegenheit, sich von dem Unsinn des parlamentarischen Systems zu überzeugen, in dem zwar das Parteiinteresse, sophistische Redegeschicklichkeit und mancherlei Böswilligkeit gedeiht, aber selten eine gesunde klare Tat, die dem Wohl des Volkes dienen könnte.

Präsident Bernhard eröffnete um 4 Uhr die Sitzung. Zunächst kommen einige Anfragen zur Verlesung, unter denen die der Zuweisung von Zwangsmietern vom Senat dahin beantwortet ist, daß das Wohnungsaufsichtsamt Mieter nur zugewiesen habe, soweit Wohnungen in Betracht kommen, die auf Kosten des Wohnungsamtes eingerichtet worden sind. Danach wird die Vorlage des Senats über die neue Straßenlinie zwischen Rembertistraße und Dobbenweg ausgesetzt, das Gesetz über den privaten gewerblichen und kaufmännischen Fachunterricht angenommen. Anschließend findet die Abrechnung der Erleuchtungs- und Wasserwerke für 1929 ihre Erledigung, trotz Einspruches Haltermanns (Natsoz.), der im Namen der Nationalsozialisten Zurückverweisung der Vorlage an den Ausschuß beantragt zur Aufklärung einiger Ueberschreitungen des Haushaltsanschlages der Städtischen Werke. Haltermann betonte zuvor, daß die Nationalsozialisten dem kommunistischen Antrag, den Erwerbslosen, Wohlfahrts- und Rentenempfängern die Gebühren zu erlassen, an sich gerne zustimmen würden, ihn aber doch deshalb ablehnten, weil sonst neue Steuern bewilligt werden müßten.

Darauf erfolgt die Debatte über das Denkmal- und Naturschutzgesetz, die mit dem Beschluß der Einsetzung eines zwölfgliedrigen Ausschusses abgeschlossen wird. Thiele (Natsoz.) stellt dazu den Zusatzantrag, alle Aemter mit Rücksicht auf die finanzielle Notlage des bremischen Staates ehrenamtlich verwalten zu lassen.

Der Antrag, für Errichtung eines Reichs-Kolonialehrenmales einen Platz bei der Gustav-Deetjen-Allee zu bewilligen, wurde im Verlauf der Debatte von Ludewig (Soz.) zum Anlaß genommen, eine politische Rede echt marxistischer Färbung zu halten, die, hohl wie sie war, darauf abzielte, die deutsche Kolonialpolitik herabzusetzen, indem Ludewig sie als Miturheberin am Kriege bezeichnete. (Natürlich! immer möglichst das eigene Nest beschmutzen, Herr Marxist, das ist ja so die Gewohnheit Ihrer Partei geworden!) Der Antrag wird schließlich nach langer Debatte, die von Bachhaus (Natsoz.) als völlig überflüssig und zwecklos bezeichnet wird, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

Nach weiterer Annahme eines Antrages der Oberreichsanwaltschaft auf Aufhebung der Immunität des Kommunisten Becker wegen Hochverrats und der Vorlage über die Enteignung eines Teils des Grundstücks Gröpelinger Heerstraße kommen die Anträge betr. **Polizeiverhältnisse und Polizeibeamtengesetz** zur Verhandlung. Es handelte sich um die Anträge Bagts (Dnat.), Dietz (Vp.) und den nationalsozialistischen Abänderungsantrag zum Antrag der Deutschen Volkspartei.

Pg. Weigand begründete den Antrag folgendermaßen:

„Die Anträge der D.nat. und der D.V.P. sind lediglich **Agitationsanträge** und sind eine versteckte Zustimmung zu dem Gesetz; die Polizeibeamten wollen endlich wissen, woran sie sind. Das neue Gesetz trägt den berechtigten Forderungen unserer brem. Polizeibeamten in keiner Weise Rechnung. Es bringt ihnen nicht nur keine Vorteile, sondern stellt sie noch **schlechter im Verhältnis zu dem bislang gewesenen Zustand** und wenn man Vergleiche mit Hamburg und Preußen anstellt, sind die Nachteile, die aus dem neuen brem. Gesetz für unsere Exekutive entstehen, geradezu unerhört. Die Polizeibeamten, die Tag für Tag Gesundheit und Leben für die Allgemeinheit einsetzen, die keinen Sonn- und Festtag kennen, haben ein Recht darauf, zumindesten **gleichgestellt** zu werden mit ihren **Kollegen in anderen Ländern.** — Bremen hat seinerzeit (zwei Jahre zurück:) das Hamburgische Polizei-Beamtengesetz **wohl fein säuberlich abgeschrieben,** hat es jedoch dann anders **abgefaßt,** und bringt nun nach so **langer Zeit ein derartiges Monstrum** von Gesetz heraus. Die alte Bürgerschaft hatte nach der Wahl am 30. 11. 1930 nicht mehr das **moralische Recht,** ein Gesetz von so **wichtiger Bedeutung** zu beschließen. Es ist eine nur zu begreifliche Unruhe in den Reihen der Polizeibeamten, **zumal** die Polizei-Direktion nun auch noch verlangt, daß sich die Beamten durch Unterschrift verpflichten sollen, sich unter dies neue Gesetz zu stellen, **von dem die Ausführungsbestimmungen noch gar nicht bekannt sind,** das nennt man allgemein: „kaufen einer Katze im Sack". Ich kann mir nicht denken, daß eine Behörde ernstlich dies von ihren Beamten verlangen will. Und Bremen in seiner Bedeutung als Welthandelsplatz kann doch nicht wollen, daß seine Sicherheit und seine Wirtschaft auf dem Spiele steht, bloß weil man nicht fähig war, die Schlagkraft einer tüchtigen Polizei zu erhalten. Denn nicht nur das neue Gesetz, sondern auch die **hieraus geplanten organisatorischen Veränderungen** werden dazu beitragen, die **Schlagkraft der Exekutive zu schwächen. Das neue Gesetz wird die Zustimmung unserer Fraktion nie finden;** um aber das, was noch zu retten ist für die Polizei und für Bremen, zu retten, haben wir verschiedene Anträge eingebracht und ich bitte im Namen meiner Fraktion, die **gesamte neue Bürgerschaft,** unseren Anträgen zuzustimmen".

Im Verlauf der Debatte machte der Sozialdemokrat Noch unerhörte Angriffe gegen ein paar von unsern Parteigenossen, denen sich im Laufe seiner Ausführungen die gesamte S.P.D.-Fraktion anschloß. Es entstand ein erregter Wortwechsel zwischen unseren Fraktions-Mitgliedern und denen der SPD., so daß in dem entstehenden Lärm der Geschäftsordnungsgang erheblich gestört wurde. Die Abstimmung ergab folgende Resultate. Für den Antrag Bagts (Dnat.) stimmten die Deutschnationalen, dazu die Nationalsozialisten, die sich, nachdem der nationalsozialistische Antrag nach voraufgegangener ablehnender Erklärung von Dietz (Vp.) keine Aussicht auf Erfolg besaß, für den deutschnationalen Antrag eintraten. Der Antrag Dietz (Vp.) erhielt darauf lediglich die Stimmen der Volksparteiler und der Hausbesitzer. Beide Anträge fielen damit durch. Bei der nachfolgenden Abstimmung über den nationalsozialistischen Abänderungsantrag hätten die bürgerlichen Parteien, **nachdem ihren eigenen Anträgen kein Erfolg beschieden war,** beweisen können, wieviel **ihnen an der Polizei lag,** und hätten nun dem **nationalsozialistischen** Antrag zustimmen können. Aber man blieb entweder aus Verärgerung (hatte man sich doch sogar innerhalb des bürgerlichen Lagers selber keine gegenseitige Unterstützung gegeben), oder aus Prestigegründen sitzen, damit aber war auch das Schicksal des nationalsozialistischen Antrages besiegelt.

Ein Vergleich der drei Anträge ergibt, daß diejenigen der deutschen Volkspartei und der deutschnationalen letzten Endes keine Verbesserung der ganzen neuen Gesetze bringen und im Grunde nur geeignet sind, die Bevölkerung irre zu führen, da sie nicht den Kern der Sache treffen. Unser Abänderungsantrag lautet:

**Abänderungsantrag zum Antrag der Deutschen Volkspartei:**

**Die Bürgerschaft beschließt:**
**Der Senat wird ersucht:**

I.

Keine Aenderungen in der Polizeiorganisation vorzunehmen und zuzulassen, ohne daß die neu zusammengesetzte Deputation für innere Verwaltung hierzu vorher Stellung genommen hat.

II.

Alle seit dem 1. Januar 1931 auf Grund des Berichtes der bisherigen Deputation für innere Verwaltung in der früheren Bürgerschaft über die Neuregelung der Polizeiverhältnisse durchgeführten organisatorischen Maßnahmen in der Polizei der jetzigen Deputation für innere Verwaltung zur Nachprüfung zuzuleiten.

III.

Die Bürgerschaft beauftragt die Deputation für innere Verwaltung, beschleunigt den alten Bericht über die Neuregelung der Polizeiverhältnisse einer Nachprüfung zu unterziehen und diesen Bericht, der aufgebaut ist auf die falsche Voraussetzung einer Konsolidierung der politischen Verhältnisse, den tatsächlichen Belangen des Bremer Staates anzupassen.

Unser Antrag ist somit der bedeutendste und entscheidendste. Volksparteiler und Deutschnationale hätten ihm darum besonders nach vorhergegangenem eigenen Fiasko zustimmen müssen. Der ganze Abstimmungsvorgang hat uns gezeigt, daß die bürgerlichen Parteien unfähig sind, positive Arbeit im nationalen Sinne zu leisten, da sie nicht den Mut aufbringen können, konsequent den Marxismus zu bekämpfen. ihre Anträge versuchen sie lediglich das bürgerliche Prestige zu wahren und helfen dabei die Verwirrung zu vergrößern. Die bürgerlichen Parteien sollten endlich begreifen lernen, daß die Zeiten ihrer Herrschaft und ihrer Erfolge vorüber sind, und daß sie, wenn sie ernsthaft die Absicht haben, der nationalen Sache zu dienen, dies nicht mehr ohne die Nationalsozialisten können!

Der Punkt 3 unseres Abänderungsantrages wurde vom Präsidium als selbständiger Antrag erklärt. Die bürgerlichen Parteien haben damit die Möglichkeit, in der nächsten Sitzung bei der Verhandlung unseres Antrags zu beweisen, ob ihnen tatsächlich an einer Klärung der Polizeiverhältnisse im nationalen Sinne gelegen ist oder nicht.

**Willst Du ein deutscher Junge sein,**
**Tritt in die Hitler-Jugend ein!**

**Das gute Dreßler-Bier**

**Stark sein heißt einfach sein.**

Seidel.

# Fastnachtsspiele in Niedersachsen.

Von Friedrich W. Herzog.

Im 15. Jahrhundert erreichte das niederdeutsche Geistesleben seine höchste Blüte. Hanse und Handel entfalteten sich mächtig. Der Städtebund Hamburg—Bremen—Lübeck wuchs aus einer Vereinigung zum Schutze von Handelsinteressen zu einer politischen Großmacht aus. Der sich steigende Wohlstand in den Städten und die Gemeinsamkeit eines heimatlichen Lebensgefühls schufen eine eigene niederdeutsche Kultur, deren Niederschlag in den Fastnachtsspielen seinen wesentlichen Ausdruck fand. Die Fastnachtszeit war die eigentliche Theaterzeit. Und jede Stadt hatte ihre eigenen Aufführungen.

In der reichen Handelsstadt Lübeck gelangten Fastnachtsspiele zuerst zur Aufführung. Die Patriziergesellschaft der Zirkelbrüder pflegte alljährlich Aufführungen zu veranstalten, die eine rein gesellschaftliche Angelegenheit der Städter waren. Man wählte vier Fastnachtdichter, von denen zwei das Stück herbeizuschaffen, zwei für die Aufführung zu sorgen hatten. Die Dichter waren nicht verpflichtet, ihre Stücke selbst zu schreiben. Sie konnten sie „dichten oder dichten laten". Zur Aufführung dienten „de hovede und de borch"; das war ein vo nZugtieren geführtes hölzernes Gerüst, das auf Rädern ruhte. Als Schauspieler wirkten die Mitglieder der Gesellschaft. Es existierte eine Bestimmung, daß die jüngsten zwölf Zirkelbrüder zum Spiel verpflichtet waren. In dem Administrationsbuch der Gesellschaft ist ein Verzeichnis der in den Jahren 1430 bis 1515 gespielten Werke zusammengestellt. Sie stellten Dramatisierungen von Schwänken, Erzählungen, Heiligengeschichten, Märchen und Stoffen verschiedener Sagenkreise dar. Anfangs besaßen sie zein unterhaltenden Inhalt: Salomons erste Gedichte, die Geschichte von Paris, von Troja und den drei nackten Jungfrauen, von dem Jüngling, der die Jungfrau küßte, von dem alten Weibe, das den Teufel band, von Alexander, der das Paradies gewinnen wollte. In allen diesen Spielen herrschte die natürliche Lust am Durcheinanderwerfen der Wirklichkeitsgeschichten von Altertum und Gegenwart, von Schauplatz und Bühne, von Schauspiel und Zuschauern. Sie wirkten durch den natürlichen Wechsel von echtem Pathos, Romantik, Spiel, Parodie und Groteske. Später fielen sie der Tendenz zum moralisieren anheim. Da wurde dann über die Rechtfertigkeit, die Eintracht und die Christlichkeit allegorische Moral verbreitet. Das letzte, dem Titel nach erhaltene Spiel lautet „Vom Wort Liebe, das in allen Staaten gesucht und nicht gefunden wurde".

In den Spielen wurden nicht nur die heiteren Seiten des Lebens parodiert, sondern auch feierliche Handlungen verspottet. Mit den Jahren rückte die possenhafte, derbe Verulkung des Bauernstandes in den Vordergrund. Ihr roher Stil und unflätiger Dialog bildeten ein Gegenstück zu den althergebrachten ländlichen Festlichkeiten, in deren Schutz zur Fastnachtszeit die unglaublichsten Ausschreitungen erlaubt schienen. Aber der verbauerte, mit falscher Naivität kokettierende Dialekt der Personen spiegelt nicht die Wirklichkeit des Bauernstandes wieder, dessen robuste Natur sich an die Umtriebe des Menschen hält, sondern schafft nur abgezogene mehr oder weniger entstellte und vergröberte Schattenbilder der Wirklichkeit.

In Bremen zogen an den „Vastelavenden" professionelle Spieler von Haus zu Haus. Eine Chronik des Jahres 1563 meldet „Dem Montag yn Vastelavende was bestellet tho agern twee Comedies de filio prodigo (Der verschwenderische Sohn) und von Susanne up dem Rathuse."

In Hamburg waren die Fastnachtsspiele bis Ende des 17. Jahrhunderts trotz geistigen Protestes beliebt, obgleich sie inhaltlich sich mehr und mehr in die Niederungen der Posse verloren. Auch hier war der Bauer mit seinem breiten Dialekt die Zielscheibe eines rohen und zotigen Spottes. Die literarischen Nachwirkungen der Hamburger Spiele finden wir noch in der Spaßmacherei der Hamburger Komödianten, die im 18. Jahrhundert die Bühne beherrschten und possenhafte, und meist lokal gefärbte Stücke aufführten. Creizenach berichtet von Spielen, die die Bändigung einer bösen Frau schildern. Diese erhielt erst eine gehörige Tracht Prügel, dann wurde sie mit Asche eingerieben und in eine frische Pferdehaut gewickelt, um ihr so den bösen Geist auszutreiben. Als eines der besten unterhaltenden Spiele ist Mathäus Forchems Komödie von dem Knaben Papirius zu bezeichnen. Dieser wurde von seinem Vater in eine Senatssitzung mitgenommen. Nachher versuchte seine Mutter zu Hause aus ihm herauszuquetschen, was der Inhalt dieser geheimen Sitzung war. Um sich möglichst schnell aus der Affäre zu ziehen, schwindelte Papirius der Mutter vor, daß der Senat die Einführung der Vielweiberei beschlossen habe. Darob entstand ein großer Weiberaufstand. Neben diesen Spielen, die sich unabhängig von den geistigen Spielen entwickelten, und mit der kirchlichen Fastenzeit nichts zu tun hatten, wurde Fastnacht durch öffentliche Umzüge, mannigfache Vergnügungen (Mummereien, Schwerttanz und Schwertreime) gefeiert. Aus Hamburg ist als besondere Sitte das „Schodüwel lopen" erwähnenswert.

In Westfalen wurden um 1830 Stücke von Franz Ludorff in Warendorf aufgeführt. Ludorffs Mitdichter war der Maurer Walbaum, genannt Flöre. Ludorff und Walbaum knüpften in ihren Spielen an die mittelalterlichen Schwänke und die Gestalten der Jesuitenkomödie an. Schon in den Namen der handelnden Personen offenbart sich ein wirklich volkstümlicher Humor Hans Bratwurst, Cläs Clüngelbüchse, Hans Lumpsack. In Münster war es Ende des 19. Jahrhunderts der berühmte Zoologe Hermann Landois, der mit poetisch musikalisch veranlagten Mitgliedern der „Zoologischen Abendgesellschaft" Karnevalsstücke verfaßte und aufführte. Diese komisch-satirischen Operettenpossen, Kulturschilderungen einer heute fast vergessenen Vergangenheit, in denen sich das Leben Münsters lustig widerspiegelt, hatten in erster Linie den Zweck, für den Zoologischen Garten finanzielle Hilfe zu schaffen. In der Verquickung mit den Ereignissen der großen Politik, mit der Geschichte oder anderen sensationellen Vorfällen erlangten sie eine gewisse Popularität, die heute Josef Winckler in seinem „Tollen Bomberg" mit Geschick aufzufrischen unternahm.

Es liegt viel Poesie in diesen alten Spielen, in denen Belustigung und Erhebung glücklich verbunden sind. Das Religiöse wurde nie lehrhaft aufgedrängt, vielmehr durch sittliche Leuchtkraft verklärt, Volkskunst in so reichem und natürlichem Sinne, wie sie das Theater heute nicht mehr zu bieten vermag. Witz und Satire, wohltätige Korrekturen an den sozialen Zuständen der Zeit, kamen scharf zur Geltung. Als Gesamterscheinung genommen, bilden die Fastnachtsspiele einen interessanten Beitrag zu Art und Wesen des niederfächsischen Volkscharakters, dessen Einklang zwischen Natur und Menschenseele sich hier einzig offenbart.

# Aus Bremen Stadt und Staat.

## Kommunales Elektrizitätswerk oder A. G.

In den letzten Jahren hat auf dem Gebiete der Elektrizitätserzeugung auch in Bremens nächster Umgebung eine Entwicklung eingesetzt, die in Anbetracht des neuerdings wieder ernsthaft erwogenen Planes, unser E.-Werk in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln, um dadurch Auslandskredite hereinzubekommen, in ihren Ursachen und Folgen untersucht werden soll. Der natürliche Anlaß für das Auftreten solcher Pläne ist, wie letzten Endes in allen Dingen heute, die Wirtschaftskrise, die sich in der finanziellen Lage der Kommunen wiederspiegelt. Dadurch bedingt können zwei Möglichkeiten entstehen:

1. Man ist gezwungen, den Großteil der Einnahmen des E.-Werkes an die Gemeindekasse abzuführen, es bleiben nicht genügend Mittel für Ausbesserungen und Verbesserungen, und infolgedessen ist entweder die Stromerzeugung nicht mehr ausreichend, den Bedarf zu decken, die alten Anlagen arbeiten nicht mehr wirtschaftlich genug und bedingen untragbare Tarife.

2. Man ist genötigt — und das dürfte für Bremen zutreffen, munkelt man doch von weiteren 4 Millionen Defizit —, eine Anleihe aufzunehmen, um die dringend notwendigen laufenden Ausgaben (nicht etwa, wie früher, solche für werbende Zwecke) bestreiten zu können. Im ersteren Falle übernimmt dann die Ueberlandszentrale (Preag!) den Betrieb des kommunalen Werkes für ein Butterbrot und verpflichtet sich, einen bestimmten Prozentsatz der Einnahmen bezw. einen Festbetrag jährlich an die Gemeinde abzuführen. Wenn man Glück hat, reicht die Kaufsumme aus, um die dringendsten Schulden abzudecken; der jährlich abzuführende Betrag aber ist, bei dem ständig wachsenden Bedarf an Mitteln, nur noch ein Tropfen auf den heißen Stein, und die Kommune hat nicht mehr die Möglichkeit, durch Anpassung der Tarife an den Geldbedarf ihren Haushalt zu balancieren und verschuldet rapide weiter; dafür hat das Ueberlandwerk auf Grund seiner Monopolstellung nun die Möglichkeit, die Strombezieher auszubeuten, um hohe Dividenden ausschütten zu können.

Im zweiten Falle, und dieser scheint nach Aussagen des Herrn Senators Böhmers vorzuliegen, verwandelt man das städtische Werk in eine A.G., deren Anteile „selbstverständlich" in Händen der Gemeinde bleiben sollen, angeblich wird diese privatwirtschaftliche Form des Werkes vom Auslande als kreditwürdig angesehen, d. h. die sozialisierte Form als städtischer Betrieb also nicht, oder mit anderen Worten: **Die Stadt Bremen hat auf Grund ihrer bisherigen Anleihepolitik keinen Kredit mehr!** Möge sich die Bremer Bevölkerung bei den bisherigen Leitern ihrer Geschicke hierfür bedanken! Die nicht mehr kreditwürdige Stadt ist nun im Besitze sämtlicher Anteile des Elektrizitätswerkes A.G., sie, nicht das E.-Werk, welches je bisher große Ueberschüsse für den Stadtsäckel abwarf, braucht eine Anleihe; glaubt da ein vernünftiger Mensch, daß die Stadt diese Anleihe erhält, ohne Sicherheiten geben zu können? Der Wert des Werkes und somit die Kreditwürdigkeit ist genau gleich geblieben, aber man braucht die Aufteilung in Aktien, um einen Teil derselben als Sicherheit verpfänden, und beim nächsten Anleihebedarf, der bestimmt eintritt, vielleicht schon verkaufen zu müssen. Damit aber tritt eine allmähliche Ueberfremdung des Aktienkapitals, die Hereinnahme ausländischer Vertrauensleute in den Aufsichtsrat etc. ein, und es geht genau so, wie es bei unendlich vielen Industrieunternehmen bereits geschehen ist: Am Ende ist eine neue Saugpumpe an den Körper des deutschen Volkes angelegt, die unseren Arbeitsertrag ins Ausland, in die Tresors des internationalen Finanzkapitals schafft und gleichzeitig dasselbe in die Lage versetzt, die von der Stromlieferung abhängigen Industrien durch entsprechende Tarifgestaltung zu kontrollieren. Hn.

## Eine verpaßte Gelegenheit.

Unter dieser Ueberschrift üben die „Bremer Nachrichten" vom 23. 1. mit Recht an der Haltung des preußischen Kultusministers Kritik, der sich um die Anordnung von Schulfeiern anläßlich des Reichsgründungstages mit der Ausrede herumdrückte, er habe als selbstverständlich erwartet, daß in den Schulen auf die Bedeutung des Tages hingewiesen werde. Dieses „Vertrauen" ehrt die preußischen Schulen außerordentlich, gibt aber Veranlassung zu der ganz bescheidenen Anfrage eines beschränkten Untertanengehirnes an Herrn Grimme: „Haben Sie etwa nicht das gleiche ehrende Vertrauen zu Ihren Schulen bezüglich der Verfassungsfeiern, nachdem Sie es für nötig finden, alljährlich von neuem die Feier des Verfassungstages einzuschärfen?"

Aber wozu in die Ferne schweifen? Die Bremische Schulbehörde hat ganze vier Tage vorher an die Schulen die Weisung gegeben, des Reichsgründungstages zu gedenken. Da drängt sich dem kritischen Beurteiler unwillkürlich die Frage auf: Ist einer hochwohlweisen Behörde erst so wenige Tage vor der Feier eingefallen, daß der 18. Januar 1931 in besonderem Maße zu einer Gedenkstunde Veranlassung gibt, oder — sollte vielleicht ein ganz klein wenig die Absicht mitgespielt haben, die Feier des 18. Januar so kurzfristig anzusetzen, daß im Zeitalter des Völkerbundes und des ewigen Friedens die Vorbereitungen einer größeren „nationalistischen" Schulfeier verhindert werden? Man vergleiche damit, wie lange vorher die Anordnungen für andere Gedenktage ergehen, z. B. für den Mozarttag am 27. Januar, die gleichzeitig mit der Anweisung für den 18. Januar hinausging, insbesondere aber, mit welch rührender Sorgfalt die Vorschriften für den Ende August stattfindenden Verfassungstag alljährlich schon vor Beginn der Sommerferien herausgegeben werden. Br.

## Bevorzugung deutscher Erzeugnisse.

Am letzten Donnerstag befaßte sich Minister Dr. Steiger im Preuß. Landtag mit der Ein- und Ausfuhrfrage und hob zum Schluß die Bedeutung des Einflusses privater Zusammenschlüsse für die

**Werbung für den Verbrauch von Inlandserzeugnissen** hervor. Da das Ausland hierin uns vorangegangen sei, wäre es zu begrüßen, daß sich seit kurzer Zeit in Deutschland private Organisationen die Durchführung dieser Aufgabe zum Ziele gesetzt hätten. Der Minister hofft, daß der Appell an den deutschen Verbraucher zur Bevorzugung deutscher Erzeugnisse einen vollen Erfolg haben werde.

In diesem Sinne handeln auch deutsche Geschäftsleute und eigenartig muß es dann berühren, wenn zur gleichen Zeit in einer hiesigen Tageszeitung jemand inseriert:

„Eine Sensation! Wir haben durch Vermittlung unseres Pariser Kommissärs von Lyoner Fabrikanten erstklassige" usw.

So die Firma Heymann u. Neumann.

Zugegeben, daß es vielleicht einige Seidenerzeugnisse gibt, die in Frankreich als Spezialität hergestellt werden, so ist es aber nicht unbedingt nötig, einer Modelaune (also Luxuslaune) wegen deutsches Geld ins Ausland zu tragen. Soweit es sich um unumgänglich notwendige Artikel handelt, kann gegen eine Einfuhr nichts eingewandt werden. Luxus ist aber keine Notwendigkeit. Wie deutsche Käufer mit Auslandswaren hinter das Licht geführt werden, ist schon oft geschildert worden. Hier sei nur ein Fall aus der Seidenindustrie angeführt. Es gibt in Deutschland auf diesem Gebiete führende Werke, die ihre Erzeugnisse nach Frankreich ausführen, mit der Verpflichtung, sie erst nach Ablauf eines bestimmten Termins in Deutschland selbst anzubieten. Der deutsche Verbraucher zahlt also dann für eingeführte, angeblich französische Seide, einen hohen Preis, während die von deutschen Werken nachher auf den Markt gebrachten selben Erzeugnisse etwa die Hälfte der gefälscht französischen Ware erzielen.

Wann endlich werden wir diesen Auslandsfimmel überwunden haben?

Deutscher Verbraucher, bevorzuge deutsche Erzeugnisse!

## Der arme Karstadt-Konzern.

Wie wir erfahren, fand am Dienstag voriger Woche im „Casino" eine Protestversammlung des selbständigen Handwerks statt. In dieser Versammlung wurde öffentlich folgendes behauptet:

Das Warenhaus Karstadt (Karstadt-Konzern) hatte am 1. Januar beim Finanzamt eine Steuerschuld von 6 Millionen Reichsmark und hat durch seinen Syndikus und Steuerkünstler erreicht, daß das Finanzamt diese Steuerschuld niedergeschlagen hat. Mit den erlassenen 6 Millionen Steuerschulden baut jetzt der Karstadtkonzern sein großes Warenhaus in Bremen, das Grab vieler Geschäftsleute und kleiner Handwerkermeister.

Hierzu vergleiche man den Artikel 164 der Verfassung des Deutschen Reiches, der lautet:

„Der selbständige Mittelstand in Landwirtschaft, Handel und Gewerbe ist in Gesetzgebung und Verwaltung zu fördern und gegen Ueberlastung und Aufsaugung zu schützen".

Wie ungeheuerlich wirkt diese Steuerstundung, wenn man betrachtet, daß etwa 15 Prozent des Ladenverkaufs in Händen der Warenhäuser und Konsumvereine liegen, während 85 Prozent auf den selbständigen Kleinhandel entfallen. Wann, wo und wie ist je einmal dem kleinen und mittleren Geschäftsmann eine Steuerschuld erlassen worden, wenn er in bitterster Not war? Wann, wo und wie hat man je einmal einen kleinen Gewerbetreibenden geschont, wenn er schuldlos mit den Steuern in Verzug kam? Rücksichtslos wird da gepfändet und versteigert. Der Karstadtkonzern aber kann sich einen neuen Palast bauen:

Wir kommen auf den Karstadtkonzern in einer unserer nächsten Nummern eingehender zu sprechen.

# NSDAP Bremen.

Geschäftsstelle: Pelzerstraße 12/13.
Fernsprecher: Domsheide 20 012.
Geschäftszeit: 8.30 bis 20 Uhr durchgehend.
Postscheckkonto: Hamburg 79 121 Wilh. Mohrmann.
Ortsgruppenleiter: Pg. Kurt Thiele, M. d. R. (ist nur nach vorheriger Anmeldung nachmittags von 16.30 bis 18.30 Uhr zu sprechen.)

**S.A. (Sturmabteilung).**

Geschäftsstelle: Pelzerstraße 12/13.
Fernsprecher: Domsheide 20 012.
Geschäftszeit: 10 bis 14 und 16 bis 20 Uhr.
Sonnabends von 10 bis 14 Uhr.

**H.J. (Hitler-Jugend).**

Geschäftsstelle: Simonstraße 25 II.
Fernsprecher: Roland 9980 (Früchtenicht).

**N.S.S. (Nationalsozialistischer Schülerbund.**

Geschäftsstelle: Pelzerstraße 12/13.

**B.N.Z. (Bremer Nationalsozialistische Zeitung).**

Geschäftsstelle: Bahnhofstraße 26 II.
Fernsprecher: Domsheide 25 878.
Geschäftszeit: 8.30—13 und 15.30—20 Uhr.

**Versammlungen.**

**Massen-Versammlung** am Mittwoch, dem 11. Februar 1931 im Casino. Redner: Pg. Hauptlehrer Hans Schemm-Bayreuth, M. d. R.

### Hitler-Jugend.

**Sprechstunden des O.G.F. Bremen:** Sonnabend nachm. 5—7 Uhr, Simonstraße 25 II.

### Nationalsozialistischer Schülerbund.

Am Sonnabend, dem 7. Februar, nachmittags 4.30 Uhr

**öffentliche Kundgebung**

im Museum (Domshof).

Es spricht der Hitler-Jugend-Führer

**Fritz Sell-Osnabrück**

über „Nationalsozialismus, die Zukunft der deutschen Jugend".

### Ortsgruppenführer des Landgebietes,

die Konzerte der Musikabteilung der N.S.D.A.P. Bremen wünschen, wollen gefl. das Parteibüro, Pelzerstraße 12/13 benachrichtigen.

# Die Hansa und die Piraten.

Im Rahmen der öffentlichen Vorträge des Instituts für Meereskunde an der Universität Berlin behandelte Dr. A. Köster das Thema „Die Hansa und die Piraten". Der Räuber zur See, so führte der Vortragende aus, hat im Laufe der Jahrtausende mehrfach seine Taktik und die Art seiner Geschäftsführung ändern müssen. Immer aber hat er eine nicht unbedeutende Rolle gespielt, und die Geschichte des Seewesens zeigt, wie der Pirat bald mehr oder weniger den Seeverkehr beeinflußt hat. So hatten auch die Hansestädte manchen Strauß mit ihnen auszufechten. An den Mündungen der Flüsse, an der Niederelbe und an der Weser, saßen die friesischen Marschbewohner, ein rotzig Geschlecht, seit Alters gewohnt, niemand untertan zu sein, keinem zu zinsen, auch der Kirche nicht den Zehnten zu geben, von je dem Seeräuber nicht abgeneigt. Sie haben den Hamburger Kaufmann um manche Schiffsladung ärmer gemacht. Bei Ritzebüttel auf ihrem Raubschloß saß außerdem die Familie von Rappe, der aber von Hamburg ihre Burg im Jahre 1393 in rechter Fehde abgenommen wurde. Auf hoher See kreuzten zahlreiche Kaper der verschiedensten Nationen. Sie alle haben die Hanseaten nicht so bedrängt, wie Kaper der Ostsee die Vitalinen, die zum Kampf gegen Dänemark aufgerufen, ihre Auftraggeber die Hanseaten am meisten schädigten, da sie Freund und Feind nicht unterschieden und alles plünderten, was ihnen in den Weg kam. Von den Städten ausgerüstete Bredekoggen (Friedensschiffe) wurden schließlich des Uebels Herr. Die Piraten wurden zersprengt. Aber eine große Anzahl wechselte nur den Schauplatz der Tätigkeit und setzten in der Nordsee ihre Raubfahrt fort, wo sie in Ostfriesland Unterschlupf fanden. Andere hasten an der norwegischen Küste, unter ihnen die bekannten Piratenkapitäne Claus Störtebecker, Goedecke Michels, Michael Wichmann und Wiegboldt. Hamburg und Lübeck rüsteten ein neues Geschwader gegen die Freibeuter, und es gelang 1402, in der Helgoländer Bucht den Holk (das Raubschiff des Claus Störtebecker) mit 70 Gefangenen zu nehmen, die selbstverständlich in Hamburg hingerichtet wurden. Im Herbst desselben Jahres wurde auch Goedecke Michels von seinem Schicksal ereilt. Um die Person des Störtebecker hat sich ein reicher Sagenkreis gebildet, und das Lied von Claus Störtebecker und Goedecke Michels, dessen ursprüngliche niederdeutsche Fassung noch nicht wieder aufgefunden worden ist, wurde selbst in Mittel- und Süddeutschland ein Jahrhundert lang gesungen. Hatten die Hanseaten zunächst etwas Ruhe auf dem Meere, so haben sie doch noch manche Fredekogge ausrüsten müssen. Erforderte es die politische Lage, so wurden allerdings von den Hansestädten auch Kaperschiffe ausgerüstet, die den Piraten gleichgeachtet waren, wie z. B. der bekannte Freibeuter Paul Benecke, der harte Seevogel, wie der Chronist sagt, der den großen „Peter von Danzig" kommandierte, damals das größte Schiff der Welt, und als köstlichstes Stück seiner Beute das berühmte Gemälde Hans Memmlings „Das jüngste Gericht" heimbrachte, das noch heute die Hauptzierde der Marienkirche in Danzig bildet.

# Au weih geschrien!

Ein Wiener Bankdirektor hatte sich taufen lassen und war protestantisch geworden. Als man ihn fragte, weshalb er nicht lieber der herrschenden katholischen Religion beigetreten sei, die ihm in Oesterreich doch weit mehr Vorteile böte, gab er zur Antwort:

„Ich werd euch was sagen; unter den Katholiken sind mir schon zu viel Juden ...."

# SA Ecke

**An alle Groß- und Kleinhändler.**

Ein Teil derselben hat sich in anerkennenswerter Weise bereit erklärt, an dem Hilfswerk teilzunehmen und laufend der

**S.A.-Küche**

Lebensmittel zur Verfügung gestellt. Da unsere Küche von **weiteren erwerbslosen Kameraden täglich immer mehr** in Anspruch genommen wird, bitten wir die an unserem Hilfswerk noch **nicht beteiligten Groß- und Kleinhändler um laufende Zuweisung von Lebensmitteln aller Art.**

Wir holen diese gern ab, bitten jedoch um telef. Nachricht unter Domsheide 20 012, Pelzerstraße 12/13, S.A.-Leitung.

Heil! Sta II W.-E.

## Zugehörigkeit zur N. S. D. A. P. nicht mehr staatsgefährlich.

Reichspostminister Schätzel hat an die zuständigen Dienststellen folgenden Erlaß herausgegeben:

**Staatsfeindliche Bestrebungen in der Deutschen Reichspost.**

Mit Erlaß vom 5. Juni 1930, wonach es den Beamten und sonstigen Angehörigen der DRP. untersagt ist, sich im staatsfeindlichen Sinne zu betätigen, hat keine einheitliche Auslegung erfahren und damit in seiner Handhabung zu Weiterungen geführt. Insbesondere haben einzelne Dienststellen die Auffassung vertreten, daß schon die bloße Zugehörigkeit zu einer Oppositionspartei Anlaß zu einem Einschreiten bieten könne. **Diese Auslegung entspricht nicht dem Wortlaut** und Sinn des Erlasses. Der Erlaß richtet sich nur gegen staatsfeindliche Agitation des Personals der Deutschen Reichspost. (?) An der Ausübung seiner staatsbürgerlichen Rechte soll das Personal, solange es sich keiner Betätigung im staatsfeindlichen Sinne schuldig macht, nicht gehindert werden.

Nach der Nachrichtenblattverfügung 1923 Nr. 574 S. 623 ist untersagt, während des Dienstes und in den Diensträumen politisch sich zu betätigen. Dieses Verbot ist noch in Kraft und wird hiermit in Erinnerung gebracht. Es gilt, ohne Rücksicht darauf, welcher Partei der Beamte angehört.

Ob ein Verstoß gegen den Erlaß vom 5. Juni 1930 vorliegt, ist nach den besonderen Umständen des Einzelfalles zu beurteilen. Der beteiligte Beamte usw. ist zu hören. Damit ein einheitliches Vorgehen gewährleistet ist, ist in jedem Fall, in dem ein Einschreiten für geboten erachtet wird, an mich zu berichten.

gez. Dr. Schätzel".

Nach dem Reichswehrministerium nunmehr das Reichspostministerium. Ein taktischer Rückzug nach dem anderen, nur wird seitens der Minister immer noch schamhaft verschwiegen, was sie denn nun eigentlich unter „Betätigung im staatsfeindlichen Sinn" verstehen und nach welchen Grundsätzen und Maßstäben sie handeln.

## Verbot des „Völkischen Beobachters".

Der „Völkische Beobachter", das Zentralorgan der NSDAP., wurde auf acht Tage von der Polizeidirektion München verboten.

Das Verbot stützt sich formell auf den Leitartikel, der in der Nr. 30 des V. B. vom 30. Januar unter der Ueberschrift „Mussolini und Schubert" erschienen ist. Es handelt sich dabei um einen ruhig und sachlich gehaltenen Aufsatz, der sich mit dem neuen Botschafter in Rom, dem Herrn von Schubert, beschäftigt und seine Verhältnisse einer näheren Untersuchung unterzieht. Das Resultat dieser Untersuchung ist allerdings für die prominenten Vertreter des regierenden Systems vernichtend. Aber es ist nicht unsere Schuld, wenn Herr von Schubert eine Karriere gemacht hat, die vom feudalen Corpsstudenten und Reserve-Offizier des Garde-Kürassier-Regiments über das Auswärtige Amt der Republik zum Repräsentanten des neudeutschen Systems in absoluter Reinkultur geführt hat. Der Artikel zeichnet die Entwicklung unter peinlicher Wahrung der positiven Tatsachen ohne persönliche Beschimpfungen und ohne beleidigende Ausfälle. Dafür sprechen die Tatsachen eine umso peinlichere Sprache. Peinlich für Herrn von Schubert, peinlich für das Auswärtige Amt, peinlich für die Regierung der Republik, am peinlichsten dürfte es allen Beteiligten gewesen sein, daß der Völkische Beobachter" indiskret eine Aeußerung verbreitete, die Herr von Schubert über Mussolini machte, als er noch Staatssekretär und noch nicht Botschafter in Rom war. Damals erklärte er nämlich in bezug auf Mussolini: „Mit diesem Kerl wolle er nichts zu tun haben". Wir verstehen, daß die Veröffentlichung dieser Erklärung für den derzeitigen deutschen Botschafter in Rom eine Bloßstellung darstellt, wie sie vernichtender nicht gedacht werden kann.

## Geplanter Staatsstreich.

Achtung! Achtung!

**Kleine Anfrage der Abg. Kube und Haake (NSDAP.)**

Wie uns von absolut zuverlässiger Seite soeben mitgeteilt wird, hat sich der Reichskanzler Dr. Brüning an die Regierungen Preußens, Bayerns, Sachsens mit der Aufforderung gewandt, in ein Direktorium einzutreten, um unter Aufhebung der Verfassung des Reiches und der Länder den Reichstag für ein Jahr auszuschalten und die Länderpolizei der Reichswehr zu unterstellen.

Wir fragen das Staatsministerium:

1. Inwieweit hat der Herr Ministerpräsident sich an solchen Verhandlungen beteiligt?
2. Ist das Staatsministerium bereit, die beschworene Verfassung gegen jeden Staatsstreich zu schützen?

## Reichstagsauflösung.

**Die Nationalsozialisten fordern sofortige Auflösung des Reichstags!**

**Antrag Dr. Frick, Stöhr und Gen.**

Der Reichstag wolle beschließen:

Der Herr Reichspräsident wird ersucht, den Reichstag gemäß Artikel 25 der Reichsverfassung sofort aufzulösen.

Berlin, den 31. Januar 1931.

Für den Inhalt verantwortlich Kurt Thiele, M. d. R., Bremen
Druck und Verlag Ad. Ifenfee, Oldenburg. Fernsprecher 4134


## Stadttheater.

Heute 19.30 Uhr, **105. Ab.-V.** Ende ungef. 23 Uhr
**Der große Operetten-Erfolg!**
In der Neueinrichtung von Prof. Max Reinhardt:
***Die Fledermaus***
Donnerstag 15 Uhr: geschlossene Vorstellung für die Erwerbslosen.
20 Uhr, **106. Ab.-V.** Ende ungef. 22.45 Uhr
Der große Erfolg in der neuen Einstudierung:
***Die verkaufte Braut***
Komische Oper, Musik von Friedrich Smetana.
Freitag 20 Uhr: geschlossene Vorstellung für den Beamten-Bildungs-Ausschuß Abt. V.
Sonnabend 15 Uhr: geschlossene Vorstellung für die höheren Schulen: **Käthchen von Heilbronn.**
**19.30** Uhr, 107. **Ab.-V.**, Ende ungef. 23 Uhr
***Don Juan***
Sonntag 15 Uhr, zu kleinen Preisen:
***Das Land des Lächelns***
**19.30** Uhr, **108. Ab.-V.**, Ende ungefähr 23.15 Uhr:
***Tannhäuser***

## KLEINE ANZEIGEN

Dieser Raum steht stellenlosen Pg. zu dem niedrigen Preis von 50 Pfg. für 20 mm für Stellengesuche zur Verfügung. Erwerbslosen-Karte gilt als Ausweis. Als Ausdruck unseres Willens zur tatkräftigen Bekämpfung d. Erwerbslosigkeit gewähren wir auf Stellenangebote nach Entscheidung der Redaktion Nachlaß laut Tarif. / /

**Stellengesuche**

**Maler**, Pg., verh., s. Arbeit, auch außerberuflich. Ang. unter G. 21 a. d. Geschäftsstelle ds. Bl.

Jg. **gel. Schlosser** sucht Beschäftigung. Führerschein I u. IIb. Angebote unter **K. 24** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

**Zu vermieten.**

**3 Zimmer, Küche** u. Keller z. 1. 4. 31 an ält. Leute. Mietpr. 40 Mk. Ang. unt. H. 22 a. d. Geschäftsstelle d. Bl.

**Mietgesuche.**

Pg. sucht eine **abgeschl. Wohnung** (3 Zimmer u. Küche) per sofort od. später möglichst Hastedt. Offerten unter L. 25 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

**Unterricht.**

**Engl. Unterricht** (Auslandspraxis) **Hermann Ernst** Kölnerstraße 58

**Kleine Anzeigen** in der **B. N. Z.** finden weiteste Verbreitung!

**Verschiedenes**

Tiefgekühlte **Qualitäts-Vollmilch** aus eig. Viehhaltung lief. in Flasch. frei Haus (Preis pro Ltr. 30 Pfg.) Parteigenosse **Kretschmar,** Habenhausen

**Bruno Mulde** Stempelfabrik Bremen Wegesende 28/29 Domsheide 2823

**Honig!** Deutsch. Lindenblüten- und Heidehonig, 5 Pfd. Büchse 6.25, 9 Pfd. Büchse 10.80 frei Haus. Parteigenosse **Hans Schierloh** Habenhausen Fernspr. Hansa 40083

**1 Damenschirm,** der anläßl. der letzten Mitglieder ver sammlung am 12. 1. 31 stehen geblieben ist, kann bei d. Geschäftsstelle Pelzerstr. 12.13 abgeholt werden.

**Mobilmachung!!**

Gegen **Wohnungsnot u. Zinswucher!** Wir geben zinslos Geld für Hypoth.-ablös., Neubauten, Siedlungen, Hausk. **Bausparkasse A.-G. Bremen** Ausk.: Stadtkontor Altenwall 4 F. D. 23830 Gesch. 9—12 u. 16—20 Sonnabends 9—14

**Klinkerhaus** Pelzerstr. 53
Das bekannte Hotel und Speise-Restaurant ist wieder eröffnet!
**Hermann Lindemeyer**

**Englisch — Spanisch Französisch**
Jetzt **Beginn neuer Zirkel**
Einzel- und Klassen-Unterricht für Anfänger und Fortgeschrittene
**Berlitz-Schule** Hutfilterstr. 1—5. Domsheide 24519

VERKEHRSLOKAL der Nationalsozialisten
**Ostbörse**
Inh. E. Grützmacher
Vor dem Steintor 35.
National-soz. Zeitungen liegen aus.
ff. Biere! Solide Preise!

Ab 1. Februar übernahmen wir den öffentlichen Plakatanschlag in
**Bremen**
Norddeutsche Städte-Reklame G. m. b. H., Bremen.
An d. Schlachte 31 B.
Telefon Domsheide 24275



**4 bis 5 junge Leute**
im Alter von 20—25 Jahre mit kaufmännischen Vorkenntnissen, insbesondere guter Handschrift
**für Büroarbeiten,**
voraussichtlich für 3 bis 4 Monate,
**gesucht.**
Kurzer Lebenslauf erbeten.
Angebote unter J. 23 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Ich habe mein Büro von **Am Markt 15/16** nach **Petri-Str. 3/5** (Petrihof) verlegt.
**W. Vaupel,** Rechtsanwalt.

Grosser Posten Linoleum-Reste spottbillig für größere und kleinere Zimmer
**Gebr. Feise**
**Vor dem Steintor 58.**

**6.-20. Febr. Großer Werbe-Verkauf!**
Preise, wie sie noch nie da waren! **F. W. Feise** NEUSTADT Große Johannisstr.

Röder's „Schreibstube" Utbremerstraße 188 F. Rol. 3699
Rundschreiben, Preislisten, Werbebriefe, Abschr. aller Art
Festschriften für Vereine u. Privatgesellschaften — Hochzeitszeitungen

**Der Friseur**
Pg. Joh. Benecke
Bachstr. 54
**ist gut u. billig!**

**Herren Maß-Schneiderei**
Niedr. Preise Garantiert g. Sitz
**Rud. Steinke**
Vor dem Steintor 25 I

## Einmal ist keinmal.

Dieses Sprichwort wird oft als Ausrede gebraucht und hat dann nur sehr bedingte Geltung. Aber in vielen Fällen stimmt's doch. Wer z. B. gelegentlich einmal eine Flasche Köstritzer Schwarzbier trinkt, kann nicht erwarten, daß nun plötzlich sein Organismus von Grund auf gekräftigt wird. Wer aber dieses wohlschmeckende herbe Bier als täglichen Haustrunk genießt, wird bald eine durchgreifende Regeneration seines Körpers feststellen können. Die fahle Gesichtsfarbe verschwindet, die Nerven werden neu belebt, Mattigkeit und Unlust weichen erhöhter Tatkraft und Schaffensfreude. — Generalvertretung: H. Beckröge, Wegesende 22/24. Ruf: Domsheide 29722.

**Blumen Görres** Landwehrstr. 141. Fernruf: Roland 1963.

**Buchstelle** für den gewerbl. **Mittelstand** Bruno Westermann Am Dobben 110 Hansa 44227

Mit höflicher Bezugnahme auf die Bekanntmachung der
**Norddeutschen Städte-Reklame**
teilen wir unseren **alten** Kunden mit, daß wir auch fernerhin Aufträge für die Anschlagsäulen im Auftrage der Norddeutschen Städte-Reklame zur Ausführung zu den alten bekannten Tarifpreisen ohne Aufschlag übernehmen.
Bremen, den 1. Februar 1931.
**Städte Verkehrs-Reklame** G. m. b. H.
Inhaber: **Ludwig Scheller**
Sögestr. 41 I Domsheide 201 68

**Beruft Euch beim Einkauf auf unsere Zeitung!**

# Bremer Nationalsozialistische Zeitung. 1. Beilage

4. Februar 1931


## Aus Bremen Stadt und Staat.

### Finanz- und Wirtschaftspolitik im kommenden nationalsozialistischen Staat.

**Pg. Feder spricht in Bremen.**

4000 Bremer aus allen Bevölkerungsschichten füllten am Donnerstag, dem 28. Januar den großen Zentralhallensaal um die Ausführungen des nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Gottfried Feder über nationalsozialistische Wirtschaftspolitik zu hören. Der Andrang war derart stark, daß der große Saal bereits kurz nach 20 Uhr überfüllt war und im Laufe des Abends polizeilich gesperrt werden mußte. Kein Wunder, galt es doch an diesem Abend nicht nur einen der ältesten Vorkämpfer des Nationalsozialismus, sondern vor allem auch einen der wichtigsten Programmatiker der nationalsozialistischen Weltanschauung zu hören.

Pg. Dipl.-Ing. Feder ist der Schöpfer des nationalsozialistischen Finanz- und Wirtschaftsprogramms. Zwar ist er kein volkswirtschaftlicher „Fachgelehrter", doch sein arbeitsreiches Leben, das ihn als Ingenieur nach Bulgarien, Silizien und Rom brachte, gab ihm vor den verstaubten Professoren der alten Schule vor allem eins voraus, was wir in der heutigen Wissenschaft leider allzusoft entbehren müssen: praktische Lebenserfahrung und gesunden Menschenverstand.

Pg. Ortsgruppenführer Thiele begrüßte den Abgeordneten Feder, der gerade dieser Tage als nationalsozialistischer Vertreter in den Staatsgerichtshof „zum Schutze der Republik" berufen wurde. Hieran anknüpfend begann Pg. Feder seine zweistündigen Ausführungen: „Schon sitzt heute ein Nationalsozialist im Staatsgerichtshof; wir sind frei von persönlicher Eitelkeit, aber wir freuen uns, auf diese Weise an die Quelle zu kommen. Denn es wird nicht mehr lange dauern bis ein neuer Staatsgerichtshof die Novemberverbrecher aburteilt." Feder ging zuerst auf die marxistischen Versprechungen von Friede, Freiheit und Brot ein, um dann das grauenvolle Ergebnis zwölfjähriger marxistischer Politik zu zeigen. Ein bitterer Sarkasmus hellte oft das düstere Bild der gegenwärtigen deutschen Situation auf. Er wandte sich zuerst dem heutigen Steuerbolschewismus zu, von dem er einige Zahlenbeispiele gab. Interessant war der Vergleich der heutigen Ausgabenwirtschaft gegenüber der im verruchten alten System. So betragen heute die Kosten für Reichsoberhaupt und Volksvertretung erheblich mehr als im Jahre 1913. „Allein die „Hofhaltung" der marxistischen Bonzen im Reichstag verschlingt heute mehr als früher der ganze kaiserliche Hofstaat". Neben den Kosten für das Auswärtige Amt, Innenministerium, Arbeits- und Gesundheitsministerium, sowie auch für militärische Versorgungsgebühren und unmittelbare Ausgaben, die sämtlich die entsprechenden Kosten von 1913 weit übersteigen, fallen vor allem die Kosten für die Steuereintreibung auf. Der Etat für die allgemeine Finanzverwaltung ist heute mit 515 Millionen gegenüber 97 Millionen im Jahre 1913 veranschlagt. „Wir haben heute eine geheime Armee, die stärker ist, als unsere Reichswehr: Das Heer der Gerichtsvollzieher und Finanzbeamten".

Dementsprechend ist auch die steuerliche Belastung der Bevölkerung. Während früher die gesamte direkte Steuerlast 324 Millionen betrug, zahlt heute allein die unterste Klasse der Lohnsteuerpflichtigen das dreifache, 966 Millionen Mark. Dazu kommen neu geschaffene Steuern, vor allem die besonders die breiten Massen belastende Warenumsatzsteuer mit 900 Millionen Reichsmark. Die Gesamtsumme aller direkten und indirekten Steuern beträgt für das Jahr 1931 10860 Millionen Goldmark, gegenüber 860 Millionen im Jahre 1913. „Steuern und Arbeitslosigkeit, das meint jedenfalls Herr Brüning, wenn er in seiner Neujahrsbotschaft sagt: Lernen wir schätzen, was wir haben!"

Ein gleich trostloses Bild entrollte der Redner, als er dann auf die Verschuldung einging. Nachdem die Inflation Reich, Länder und Gemeinden entschuldet hatte, hat in den 6 Jahren allein das Reich wieder eine Schuldenlast von über 12 Milliarden aufgenommen. Die Gesamtverschuldung von Reich, Ländern, Gemeinden, Landwirtschaft, Industrie und Handel beträgt heute über 70 Milliarden, davon rund 36 Milliarden Auslandsverschuldung mit einer jährlichen Zinslast von rund 3 Milliarden. Zu diesen 3 Milliarden, die jährlich ins Ausland gehen, kommen noch die 2 Milliarden jährlicher Zahlungen nach dem Youngplan, sowie etwa 2 Milliarden Jahresmiete für 400 000 deutsche Mietshäuser, die während der Inflation von Ausländern aufgekauft wurden. Das sind insgesamt 7 Milliarden Goldmark jährlich, wozu noch die Ueberfremdung der deutschen Industrie kommt. Als nächstes wandte sich der Redner der deutschen Außenhandelspolitik zu. Seit 1924 hat Deutschland für 12 Milliarden mehr eingeführt, als es durch seine Ausfuhr bezahlen konnte; das heißt, es wurde Deutschlands Hab und Gut dafür verpfändet. Allein für 4,2 Milliarden werden Jahr für Jahr Nahrungsmittel eingeführt, die wir selbst im Inlande erzeugen können. Während im Osten der deutsche Bauer um seine Existenz ringt, führen wir für 700 Millionen Brotweizen und für 435 Millionen Butter jährlich ein! Pg. Feder wies hierbei auf das Vorbild Mussolinis hin, dem es in einem halben Jahrzehnt gelungen ist, trotz schwierigster Bodenverhältnisse die Erzeugung an Brotgetreide von 35 Millionen auf 75 Millionen Doppelzentner jährlich zu erhöhen. „Während wir lumpige 115 Millionen für die Osthilfe ausgaben, gehen 4000 Millionen jährlich für Nahrungsmittel ins Ausland. „Wir haben das Vertrauen zu unserer Landwirtschaft, daß sie in spätestens 2 Jahren in der Lage ist, unseren eigenen Bedarf voll zu decken".

Der Redner wandte sich dann der Weltwirtschaft zu und führte hierzu aus: „Wir Nationalsozialisten sind nicht etwa gegen Weltwirtschaft und Weltverkehr. Wir wissen genau, wie sehr unsere Veredelungs-Industrie die Einfuhr von Rohstoffen braucht. Hierfür führen wir jährlich für 8 Milliarden Mark Rohstoffe ein, die sich aber durch unsere Fertigfabrikate bezahlen.

Steuerbolschewismus, Verschuldung, Passivität des Außenhandels, hatten fünf Millionen Erwerbslose zur Folge. Zur Erwerbslosenunterstützung führte er aus: „Wir dulden nicht, daß an der Erwerbslosenunterstützung gerüttelt wird. Wenn dieser Staat es nicht fertig bringt, daß die Millionen Arbeitssuchender in den Wirtschaftsprozeß wieder eingegliedert werden, dann verdient er, daß er an der Unterstützung zugrunde geht!"

**Wie kam das?**

Drei Dinge tragen jeden Staat: Der Wille zur Wehrhaftigkeit, die wirtschaftliche Kraft und die nationale Sittlichkeit. Solange ein Machtstaat sich schützend vor seine Arbeit stellt, kann die Hochfinanz ihre Krallen nicht einschlagen. Daher war es die erste Aufgabe der Feinde Deutschlands, diesen Schutzwall mit Hilfe des Marxismus zu zerstören.

Nach der Zerstörung dieses Schutzwalles wurde die innere Aushöhlung erreicht durch die Inflation, die aus jeder Lohntüte und jeder Ladenkasse den Ertrag der Arbeit stahl und Sparvermögen und Betriebskapital vernichtete. Am Schluß dieser Entwicklung steht die Errichtung der Alleinherrschaft der Banken und Börsen über Deutsche Arbeit mit Hilfe des Dawes-Planes. Das Versailler Diktat hatte uns die Gebiets- und Militärhoheit geraubt. Der Dawesplan — angenommen mit den Stimmen der SPD. bis zu den Deutschnationalen — raubte Finanz-, Verwaltungs- und Verkehrshoheit. Der Vorwärts nannte ihn s. Zt. den größten Erfolg der sozialdemokratischen Politik. Der Raub der Finanzhoheit war das schwerste Attentat auf die Deutsche Nation. Die Reichsbank ist danach heute ein vom Deutschen Reich vollkommen unabhängiges Institut, sie ist heute ein internationales Institut zur Ausplünderung des Deutschen Volkes. Pg. Feder gab dann noch einige Beispiele aus dem heutigen Wirtschaftschaos, in dem Zinsen von 9 bis 10 Prozent täglich gerichtlich „Im Namen des (auserwählten!) Volkes" anerkannt wurden!

Im dritten Teil gab der Redner auf die Frage „Was nun?" Antwort. Als Vorbedingung zu allen Besserungs- und Aenderungsversuchen forderte er die Erringung der politischen Macht. Er wandte sich dann den drei wirtschaftlichen Hauptforderungen des Nationalsozialismus zu:

1.) Verstaatlichung des Geldwesens, speziell Verstaatlichung der Reichsbank.

2.) Finanzierung großer öffentlicher Aufgaben durch die Ausgabe von Staatskassengutscheinen.

3.) Schaffung sozialer Bau- und Wirtschaftsbanken, zur Finanzierung des Wohnungsbaues auf zinsloser Grundlage.

Hierzu beziehen wir uns auf die grundsätzlichen Ausführungen des Pg. Feders in der letzten Nummer unserer Zeitung. Feder setzte sich dann noch mit den Einwendungen des Prof. Nölting über Inflationsgefahr auseinander, die er treffend ad absurdum führte. Er vertrat die Forderung nach einer Wiederaufrollung der Aufwertungsfrage, Verstaatlichung des Verkehrswesens, Ausschaltung des Wuchers, um am Schluß noch einmal die politischen Voraussetzungen zu erwähnen. „Es geht heute darum, das Dritte Reich unter Hitlers Führung zu erringen, oder Deutschland muß zugrunde gehen!"

Zur Aussprache hatte sich niemand gemeldet, selbst die SPD.-Bonzen wagten es nicht, sich persönlich zu stellen, dafür ließen sie aber ein Pamphlet voller persönlicher Angriffe gegen Pg. Feder verteilen. Pg. Feder setzte sich mit dieser schmutzigen Kampfesweise in seinem Schlußwort auseinander und schloß mit einem Appell an die Massen, sich einzureihen in die braune Armee Adolf Hitlers!

„Wir sind das Heer vom Hakenkreuz, hebt hoch die roten Fahnen,
Der deutschen Arbeit wollen wir den Weg zur Freiheit bahnen!"

Im Anschluß an die Versammlung versuchte die SPD. durch ihre im Reichsbanner organisierten Terrorhorden die Richtigkeit der marxistischen Lehre „schlagend" zu beweisen; doch auch hier blieben die Nationalsozialisten die Antwort nicht schuldig. Lux.

## Tretet ein in die SA.

### Aus der Ortsgruppe Achim.

Während zur Zeit der letzten Reichstagswahl im Kreise Achim nur die Ortsgruppen Achim und Fischerhude bestanden, sind nach dem 14. September zwei weitere Ortsgruppen ins Leben gerufen worden, und zwar in Etelsen und Otterstedt. Beide Ortsgruppen verfügen über einen ausgezeichneten Stamm von S.A.-Männern.

Die letzten beiden Versammlungen mit Pg. Teich als Redner (von den 8 Versammlungen, die Ende Januar im Kreise Achim abgehalten wurden) fanden in Uphusen und Otterstedt statt. — Alle Versammlungen waren gut besucht und brachten uns sichtbare Erfolge, wie Zeitungsbestellungen, neue Mitglieder und Absatz von nationalsozialistischen Schriften.

Zu der Versammlung in Uphusen hatten sich ein paar gegnerische Zwischenrufer eingefunden, die unter allgemeiner Heiterkeit von unserem Redner in höchst schlagfertiger Weise abgefertigt wurden. — In Uphusen wurden an diesem Abend 9 neue Kämpfer geworben.

Den besten Erfolg trugen wir in Otterstedt davon. Hier hatten sich nicht weniger als 250 Zuhörer, darunter viele Frauen, eingefunden, die sich während des Vortrages zu lebhaftem Beifall hinreißen ließen. In diesem Ort war vorher noch nie eine nationalsozialistische Versammlung abgehalten worden. Es gelang, auf den ersten Anhieb eine Ortsgruppe zu gründen. Die Sammlung für den Kampfschatz ergab eine ansehnliche Summe.

Auch im Kreise Achim erwacht das Volk!


**Das Tagesgespräch Bremens**

**Resttage**

**bei Franz Johassen**

**Osterstr. 34**


## Bolschewismus.

Die Zeiten sind längst vorbei, in deren Verlauf man vom Sowjetreich geringschätzend sprach als von einem „Koloß auf tönernen Füßen". Heute wird Rußland in aller Welt ernst genommen. Die europäischen Mächte und auch die „Vereinigten Staaten" sehen in ihm eine überaus große Gefahr, und der von einem hohen Kirchenfürsten geforderte „Kreuzzug gegen Rußland" dürfte mehr als symbolische Bedeutung haben. Daß „die Mächte" über kurz oder lang irgendwie bewaffnet gegen Rußland vorgehen werden, ist anzunehmen. Mögen wir Deutsche da aufpassen! Hüten wir uns davor, uns degradieren zu lassen zu einer gegen das Sowjetreich anzusetzenden „Fremdenlegion", die gut genug wäre, für die Weltkriegs-Siegerstaaten die Kastanien aus dem Feuer zu holen! Tun wir dagegen alles, was nur möglich ist, um zu verhindern, daß der Bolschewismus in Deutschland zur Macht kommt! Für Deutschland würde das Sowjetsystem keinesfalls paradiesische Zustände bringen, die es ja auch den Russen nicht gebracht hat. Ganz jammervoll soll es doch heutzutage den russischen Proletariern gehen. Professor Schwarz-Bostunitsch, ein der russischen Tscheka Entkommener, hat kürzlich klar ausgesprochen: **„Im Sowjetlande gibt es 99 Prozent Hungerleider und Entrechtete, die beherrscht werden von 10 Prozent Räuberhauptleuten."**

Und diese Räuberhauptleute allein, zum größten Teil Juden, führen ein Prachtleben, nicht aber tut es das Volk.

Will man die Sowjetverhältnisse betrachten, so muß man grundsätzlich eines berücksichtigen: Rußland ist nicht Europa! Im letzten Jahrzehnt hat sich Asien nach Westen vorgeschoben bis in jene Linie hinein etwa, in der 1918 die deutschen Schützenlinien verliefen. Der russische Mensch ist ganz, ganz anders als der deutsche Mensch. Wohl ist er in seiner intellektuellen Veranlagung hochbegabt, aber sein Seelenleben ist dem des Europäers keineswegs gleich. Dem Russen fehlt jede nüchterne Stetigkeit des Gefühlslebens. Er kennt Empfindungen furchtbarster seelischer Depression, die eines Tages ganz urplötzlich abgelöst werden durch größenwahnsinnige Machtgelüste. In der russischen Gefühlssphäre tritt der masochistische-sadistische Komplex stark hervor. Nach Dostojewski unterscheidet sich der Russe von den Europäern unter anderem stark durch einen „unlöschbaren Durst zum Leiden". Es macht ihm heute Freude, sich knuten zu lassen, und hinterher knutet er einen anderen mit dem gleichen Vergnügen! Mit solcher Ungeheuerlichkeit des Gefühlslebens verbindet sich eine ungeheure Lebenszähigkeit. Der Russe kennt nicht unbedingt die Tapferkeit des Anstürmens, aber ihm ist eigen eine erstaunliche Tapferkeit, sich niedermachen zu lassen.

Gegen die europäische Zivilisation hat sich der ganz anders geartete russische Mensch von jeher aufgelehnt. Eine wirkliche tragfähige europäische Oberschicht hat es in Rußland nie gegeben. Das vom Bolschewismus beseitigte russische Bürgertum hatte mit unserem deutschen Bürgertum nichts Gemeinsames. Das russische Volk hat vom Beginn seiner Geschichte an stets unter Fremdherrschaft gestanden. Zunächst herrschten die Normannen, dann die Mongolen, daraufhin kam eine künstliche Zivilisierung mit einer größtenteils deutschblütigen Herrenschicht. **Im Sowjetreich von heute aber herrschen die Juden!**

Also wohlgemerkt, deutscher Arbeiter:
**nicht der russische Proletarier herrscht, sondern der jüdische Intellektuelle!**

In Rußland hatte der Marxismus von jeher besonders leichtes Spiel, weil er dem dort schon vorhandenen Nihilismus aufs engste verwandt ist. In gleichem Maße wie Nihilismus bedeutet Marxismus nichts weiter als: Die Kunst gründlich zu zerstören! Und über das Zerstören an sich gibt Bakunin's Programm ergiebigste Anleitung. Der russische Nihilist und der marxistische Jude waren sich in gleicher Weise einig im Vernichten. Kein Wunder, daß da das alte Rußland langsam vor die Hunde gehen mußte!

Solange der Zarismus mit brutalen Mitteln regierte, konnte er sich am Leben erhalten. Er mußte aber stürzen, als ein Zar ans Ruder kam, der, wie der letzte, humanitären Ideen huldigte, Ethik anstrebte und die Todesstrafe abschaffte.

Antibolschewistische Erhebungen, die zahlreich unternommen wurden, scheiterten immer wieder daran, daß die Masse des Volkes nicht mitmachte. Die Empörer

# Immunität.

**Von Dr. Goebbels.**

Wir entnehmen dem „Angriff“ Nr. 26 folgenden interessanten Aufsatz, der bei der gegenwärtigen brutalen Verfolgung nationalsozialistischer Reichstagsabgeordneter von besonderer Bedeutung ist.

Die Gänse des demokratischen Kapitols sind wieder einmal ins Gackern geraten. Sie fühlen ihre geheiligte Republik aufs äußerste bedroht, und zwar diesmal nicht vom rebellischen Volk, sondern von den radikalen Wortführern der Opposition. Die Abgeordnetenimmunität steht zur Debatte, und die wohlerzogenen Vertreter der Erfüllungsparteien halten tönende und begeisternde Reden über Sittsamkeit und Anstand. 300 mal verlangt der Staatsanwalt Abgeordnete der Opposition vom Reichstag ausgeliefert. Und Herr von Kardorff — eben an einem lädierten Blinddarm genesen — fühlt sich berufen, wieder einmal in vornehm-müdem Tonfall den Erziehungsmeister des Reichstages zu spielen.

Was ist die Immunität? Ihrer Natur nach ein parlamentarischer Schutz für die Opposition. Es ist deshalb verlogen, wenn die bürgerlichen Parteien darauf verweisen, daß sie auf die Immunität keinerlei Anspruch erheben, und daß unter den 300, die der Staatsanwalt ausgeliefert haben will, keiner der Greise zu finden ist, die heute in Deutschland Youngpolitik betreiben.

Was ist natürlicher als das? Wozu sollte sich ein Erfüllungspolitiker gegen die geheiligten Institutionen der demokratischen Republik vergehen? Wen sollte er politisch beleidigen? Er ist ja nicht mehr das Subjekt, sondern das Objekt der öffentlichen Diskussion. Die Immunität ist für die Gegner, nicht für die Anhänger der Regierung gedacht. Sie bedeutet einen Schutz für die Opposition und soll die Regierung daran hindern, mit terroristischen Maßnahmen und unsittlicher Inanspruchnahme ihrer Machtmittel gegen ihre politischen Gegner vorzugehen.

„Der Schimpffreiheit muß ein Ende gemacht werden“, schreien die Ordnungshüter der Sozialdemokratie. Sie vergessen dabei wohlweislich, daß sie durch die ihnen vom kaiserlichen Regime gnädigst zur Verfügung gestellte Schimpffreiheit groß geworden und in die Macht gerückt sind. Was gilt es schon, wenn heute ein nationalsozialistischer Abgeordneter in der Hitze des Gefechts das Tributsystem nicht gerade liebenswürdig charakterisiert oder einen Erfüllungspolitiker mit Ausdrücken belegt, die er allerdings nicht dem Knigge entnommen hat? Was gilt das, wenn er sich dabei auf die Immunität beruft, angesichts der Tatsache, daß während des Krieges die Vertreter der Sozialdemokratie dieselbe Immunität für sich in Anspruch nahmen, um den infamsten Landesverrat zu organisieren, um die Marine zu Meutereien aufzuwiegeln und in Berlin zu Munitionsarbeiterstreiks aufzurufen. Wenn das verruchte alte System die Immunität nicht einmal anzutasten wagte bei gemeinen Verbrechen gegen Volk und Nation, und wenn die bürgerlichen Parteien in diesem Falle die geheiligten Ueberlieferungen des Parlamentarismus hochhielten — woher nehmen sie heute das Recht, bei immerhin gelinden Verstößen gegen die sog. öffentliche Sittsamkeit, die Anstandsmutter oder den vornehmen Mann zu spielen?

Sind die Zeitläufte nicht dazu angetan, daß einem Oppositionspolitiker, der seit Jahren von der Regierung verfolgt wird, den man durch die Goffen der Journaille schleift, dessen guter Name Tag für Tag mit Kübeln von Schmutz übergossen wird, dem man, ich weiß nicht wieviel Gerichtstermine auf die Nase setzt, um ihn politisch mundtot zu machen und in seiner Kampfkraft zu brechen, die Galle überläuft, daß er hier und da eine Redewendung gebraucht, die zwar nicht anständig, aber richtig ist?

Dieselben Parteien, die heute jeden Nationalsozialisten dem Kadi ausliefern oder gar am liebsten gleich henken möchten, sind doch sonst so großzügig, wenn es sich darum handelt, wirkliche Verbrechen, von Abgeordneten begangen, zu ahnden. Wo waren sie, als es darum ging, die Immunität jenes Heilmann aufzuheben, dem vor aller Oeffentlichkeit der Vorwurf gemacht wurde, er sei von Barmat ausgehalten und habe vor dem Untersuchungsausschuß einen Meineid geleistet? Wo waren sie, als der Staatsanwalt von ihnen verlangte, ihm jenen Bauer auszuliefern, der vor dem Untersuchungsausschuß beschworen hatte, er habe niemals von Barmat finanzielle Vorteile gehabt und sich dann acht Tage später bescheinigen lassen mußte, daß er Dollars und Gulden tausendweise für politische Schiebungen in Empfang genommen hatte?

Da schwiegen sie. Da faselten sie nicht von politischem Anstand und Würde des Parlamentarismus. Und damit enthüllten sie auch bei ihrem heutigen Geschrei ihr wahres Gesicht. Sie wollen nicht den Parlamentarismus reinigen. Wollten sie das, sie täten gut daran, selbst zu verschwinden; denn sie sind es gewesen, die die Demokratie und ihre Einrichtungen zu einer Stätte der politischen Unmoral herabgewürdigt haben. Nein, sie wollen sich politisch unbequemer Gegner entledigen; sie möchten jeden Nationalsozialisten hinter Schloß und Riegel bringen, weil ihnen die Wahrheit dieser Bewegung allmählich auf die Nerven fällt, und weil sie ihrer schroffen politischen Kampfesweise keine stichhaltigen Argumente mehr entgegenzusetzen haben.

„Die janze Richtung paßt mir nicht.“ Dieses Wort ist die eigentliche Triebfeder ihres Handelns. Sie möchten es am liebsten mit dem Tode bestrafen, wenn man überhaupt nationalsozialistisch denkt, redet oder handelt. Sie fühlen sich in ihren Fetttrögen und Futternäpfen bedroht. Sie schreien Ruhe und Ordnung, Autorität und Gesittung, und dabei waren sie es, die alles das durch eine 12jährige Bankrottpolitik restlos zerstört und aufgelöst haben.

Aber sie täuschen sich, wenn sie glauben, das Volk würde ihnen bei ihren verfassungsbrüchigen Seitensprüngen Gefolgschaft leisten. Das Volk hat für dieses demokratisch-ölige Pathos, das nur den dahinterstehenden Justizmißbrauch verstecken soll, nur noch ein verächtliches Hohngelächter übrig. Ein Müller in Sanssouci konnte mit Recht sagen: „Es gibt noch Richter in Berlin“. Das deutsche Volk von heute aber fragt sich mit eben demselben Recht: „Zu welchem Gericht sollen wir Deutschen denn noch Vertrauen haben?“

Mag die Immunität fallen oder nicht: Wir werden schon Mittel und Wege finden, dem Young-System die Wahrheit ins Gesicht zu schleudern. Je gefährlicher das ist, desto mehr wird es uns Spaß machen.

## Pg. Münchmeyer freigesprochen.

**Aurich**, 2. Februar. Vor dem hiesigen Gericht hatte sich der bekannte Abgeordnete, frühere Pfarrer Münchmeyer wegen verschiedener in seiner politischen Propagandatätigkeit gegen das Republikschutzgesetz getätigten Verstöße zu verantworten. Zu der Verhandlung unter dem Vorsitz von Landgerichtsrat Dr. Remmers waren vierzehn Zeugen aus dem ganzen Reich geladen. Münchmeyer selbst war ebenfalls erschienen. Ein größeres Landjägeraufgebot sicherte den Saal. Nach der Verlesung des erstinstanzlichen Urteils nahm der Angeklagte das Wort, um sich zu rechtfertigen. Nach längerer Verhandlung wurde das Urteil gefällt, das den Angeklagten freisprach. Seine politischen Anhänger brachten ihm darauf lebhafte Ovationen dar. Eine sich anschließende Versammlung gestaltete sich zu einer großen nationalen Kundgebung.

## Massenkundgebung der NSDAP. in Aurich.

**Aurich**, 2. Februar. Aus Anlaß des Münchmeyer-Prozesses hatte die NSDAP. zu einer großen Massenkundgebung in der Landwirtschaftlichen Halle eingeladen. Die annähernd von 1400 Personen besuchte Kundgebung verlief ohne jede Störung. Nachdem Rechtsanwalt Dr. Korn-Hamburg in einleitenden Worten zum Ausdruck gebracht hatte, daß die Justiz zur Dirne der Politik geworden sei, betrat Reichstagsabgeordneter Münchmeyer, von der Menge stürmisch begrüßt, die Rednertribüne. Er ging von dem kurz vorher gefällten Urteil aus und betonte, daß die 10 000 Mark, die dieser Prozeß gekostet habe, besser verwandt worden wären, wenn sie einer ostfriesischen Gemeinde als Arbeitslosenbeihilfe gegeben worden wären. Redner kam dann auf die bereits bekannten Vorgänge in Duisburg am Freitag abend zu sprechen, wo ein Polizeihauptmann, der vor dem Kriege Schneider gewesen sei, ihn habe verhaften lassen. Weiter übte der Redner scharfe Kritik am heutigen Regierungssystem. Das Schlußwort sprach der Vorsitzende des Nationalsozialistischen Anwälteverbandes, Reider-München. Mit dem Horst-Wessel-Lied fand die Kundgebung ihren Abschluß.

## Am 17. Februar oldenburgischer Landtag.

**Oldenburg**, 2. Februar. Der oldenburgische Landtag ist auf den 17. Februar vormittags 11 Uhr einberufen. Die Tagesordnung steht im einzelnen noch nicht fest.

## Theaterskandal in Stettin.

**Stettin**, 28. Januar. Am Dienstag abend kam es im Stettiner Stadttheater anläßlich der Erstaufführung von Igor Strawinskys „Die Geschichte vom Soldaten“ zu einem erheblichen Theaterskandal. Schon während der ersten Takte der Musik wurde erheblicher Widerspruch in dem vollbesetzten Hause laut, der sich während des Stückes und besonders bei manchen Stellen im Text zu lautem Pfeifen und Trampeln steigerte. Trotz der dauernden Störungen wurde das Stück zu Ende geführt, allerdings ging der Schluß in dem ohrenbetäubenden Lärm völlig verloren. Intendant Meißner, der offenbar nach Schluß des Stückes an die Zuhörerschaft das Wort richten wollte und vor die Rampe trat, wurde mit einem derartigen Höllenlärm empfangen, daß er nicht zu Wort kommen konnte.

---

standen meist ganz allein. Die Einwohnerschaft stand nicht gegen sie, aber sie wagte auch nie, mit den Aufständischen gemeinsame Sache zu machen. Die „weißen Armeen“ wurden eigentlich nicht geschlagen. Sie sind mehr „verdunstet“.

Das russische Bürgertum hat kein Recht, sich zu beklagen. Genau wie das deutsche Bürgertum hat es sich, als dies unbedingt notwendig gewesen wäre, „um Politik nicht gekümmert“. Nun ist es aber unter die Stiefel derer gekommen, die sich halt seit langem schon darum gekümmert haben.

Noch heute gilt das „Kommunistische Manifest“ von 1847 für jeden bolschewistischen Russen und Juden als irrtumfreies Dogma.

Marx und Lenin gingen, das sei einmal offen ausgesprochen, an einer wirtschaftlichen Haupttatsache immer vorbei und daher erreichten sie nichts. Sie vergessen eines: „Die Leitung eines Großbetriebes setzt Freiheit des Handelns, Energie und großes Können voraus!“

Da Lenin diese Grundsätze nicht beachtete, ging in zwei Jahren die Wirtschaft völlig zu Bruch. Im Jahre 1921 sah er sich daher gezwungen, zur Vernunft zurückzukehren und Privatkapital wieder einzuführen. So entstand der „Nep-Kaufmann“. So kam der Kulak, der Großbauer, wieder einigermaßen auf die Beine. In gewissem Grade erlangte nun der Fleißige langsam erneut Besitz und der Faule wurde wieder Knecht. Heute führt aber Stalin durch seine „Pläne“ die russische Wirtschaft anscheinend wieder dem Verfall entgegen. Stalin ist kein Lenin. Er hat Energie, aber kein Können.

Eine geradezu trostlose Erscheinung ist die Tatsache, daß die Korruption im Sowjetreich nicht minder schlimm ist, als sie unter dem Zarenregime war. Ueberhaupt ist's im Rußland von heute keineswegs paradiesisch.

Der Reallohn ist nur ein Drittel so hoch wie der des Deutschen. Noch immer steht das Volk mit echt russischer Geduld Polonaise vor den Lebensmittelläden.

Der Proletarier ist vollkommen Sklave seines bolschewistischen Vorgesetzten. Meist sind die Vorgesetzten Juden. Man erzählt sich im Sowjetland gern folgenden Witz, um die Vormacht des Judentums zu schildern:

1. Frage: Was ist ein Jude? — Antwort: Volkskommissar.
2. Frage: Was sind zwei Juden? — Antwort: ein Volkskomitee.
3. Frage: Was sind 999 Juden und ein Russe? — Antwort: ein allrussischer (?) Rätekongreß!

Religion, Priestertum und Kirche werden in Rußland mit System ausgerottet. Alles, was wir in Deutschland schließlich noch bejahen als Ehre, Pflicht und Gewissen, ist nach bolschewistischer Auffassung Schwindel und muß beseitigt werden. Sittlich ist alles nach russischer Auffassung, was die Weltrevolution vorwärtstreibt, unsittlich all' das, was sie hemmt. Pflichten gegen das Vaterland kennt man nicht, sondern nur Pflichten gegen die Weltrevolution. Es gibt keinen privaten Verlag. Alles, was gedruckt wird, unterliegt der Zensur.

**Im russischen Volk herrscht absolute Verzweiflung.** Kein Hauch von Zufriedenheit und Glück irgendwo! Hüten wir uns, den bolschewistischen Unfug in Deutschland zu fördern! Käme er hier hoch, so würde es für alle Schaffenden im Volke, vor allem aber für die deutschen Arbeiter, ein furchtbares Erwachen geben, denn ebenso wie in Rußland würde nur ein Haufen von Räuberhauptleuten, nicht aber das werteschaffende Volk einen Vorteil haben bei solcher Radikalisierung.

R. W.

## Berliner Streiflichter.

R.-T. An einer Berliner Polizeikaserne prangt seit einiger Zeit die Aufschrift: „Polizeiunterkunft Staatsminister Grzesinski“. Der Wissenschaftler nennt so etwas „Ueberkompensation von Minderwertigkeitsgefühlen, der einfache Deutsche „Größenwahn“! Wie wäre es, wenn man das Polizeipräsidium etwa „Daisys Lust“ nennen würde?

---

Augenblicklich stehen wegen Raubmordes zwei junge Leute und ein 16jähriges Mädchen(!) vor Gericht. Sie haben einen über 50 Jahre alten Uhrmacher, dessen Geliebte das Mädchen war, erdrosselt, um sich Geld für Kinobesuch zu verschaffen. Diese drei Großstadtblüten sind eifrige Kommunisten, sie fehlten bei keiner Demonstration. — In Moabit wurde am frühen Morgen der S.-A.-Mann Berger von vier Kommunisten angehalten und einfach niedergeschossen, er liegt schwer verletzt im Krankenhaus. — Das sind die Weltbeglücker, die uns das Sowjetparadies in Deutschland schaffen wollen. Der ehrliche deutsch Arbeiter dankt für solche Genossen, und ein solches Paradies, ihm ist das dritte Reich lieber, das keine Verbrecherkolonie, sondern ein Reich der Arbeit und Ehre sein wird.

---

Massenversammlung im Sportpalast! Wieder das alte Bild: 3 Tage vorher ausverkauft. Schon um 5 Uhr warteten Hunderte auf Einlaß. Als um 6.30 Uhr geöffnet wird, stehen bereits Tausende da. Um 7,30 Uhr ist die Versammlung gesperrt. Eine Musikkapelle verkürzt die Zeit. Pünktlich um 8.15 Uhr erscheint Dr. Goebbels, von begeisterten Heilrufen empfangen. In geschlossener Halle Heilrufe von 18000 Menschen — man meint, die Wände müßten bersten. Dr. Goebbels spricht kurz mit einem verwundeten S.-A.-Mann; dafür hat er immer noch Zeit übrig. Nach dem Fahneneinmarsch tritt der neugegründete Gausprechchor auf. Erwartungsvolle Stille, Halbdunkel. Und dann hämmert der gewaltige Rütlischwur hinein in die Herzen des Volkes, das nach Wiederherstellung der deutschen Ehre und oft auch nach Brot hungert. Verhärmte Gesichter hellen sich auf, noch ungläubig und zaghaft lächelnd. Stille! Und dann dröhnt es, „Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr alles freudig setzt an ihre Ehre!“ Frenetischer Beifall brandet auf. Es geht wie eine Entspannung durch die Zehntausende. Die Not des Alltags ist vergessen. Jeder rast, tobt, schreit hinaus einen Schwur, fest zu stehen im Kampf um Ehre und Reich. Immer mehr steigert sich der Lärm, — und ganz plötzlich bricht er ab: Dr. Goebbels steht auf dem Podium. Leise, ganz leise beginnt er: „Der Reichskanzler drohte mit Enthüllungen. Er mußte sie schuldig bleiben, weil er nichts zu enthüllen hat als seine eigene Unfähigkeit“. Und dann schleudert er eine Anklage nach der anderen in den Saal, gegen Zentrum und SPD., die die Katastrophenpolitik gemacht haben und uns nun die Schuld in die Schuhe schieben wollen. „Versailles unterscheidet sich in nichts von Weimar, das sind zwei Masken von demselben Gesicht, und das Gesicht heißt: — Vernichtung der deutschen Nation. — Wir sind keine Heimwehr und kein deutschnat. Bürgerverein, wir sind eine nationale und sozialistische Revolutionspartei, legal im Weg, aber nicht im Ziel!“ (Stürmischer Beifall!) Und aus der Anklage formt sich der Schwur: „Eher lassen wir uns unter den Ruinen unseres Vaterlandes begraben, ehe wir diese feige Gegenwart ertragen. Es kann der Augenblick kommen, wo ein Volk erkennt, daß es nur noch Ketten zu verlieren hat“. Rasender, minutenlanger Beifall zeigt, daß das deutsche Berlin denkt wie sein Führer. Mit dreifachem Heil grüßt Berlin den Führer Adolf Hitler, und dann gedenken wir der Toten. „Kameraden, die Rotfront und Reaktion erschossen, marschieren im Geist in unsren Reihen mit“. — Langsam wälzt sich die Masse hinaus, und die Idee Adolf Hitlers wird tausendfach weitergetragen in Groß-Berlin.

# System Metternich

In ihrer Besprechung von Hans Saßmanns politischem Schauspiel „Das Haus Rothschild" nennt die „Bremer Volkszeitung" Metternich einen „kleinlichen Polizeigeist". Dies ist an sich richtig; nur hätte sich dieses Urteil ausgerechnet eine Zeitung derjenigen Partei nicht leisten dürfen, die in Preußen seit Jahren in immer steigendem Maße eine Polizei- und Willkürherrschaft ausübt, die dem berüchtigten Metternichschen System nichts nachgibt. Dem österreichischen Minister kann man noch zugutehalten, daß er sich als Vertreter eines absolutistischen Systems zu brutalen Polizeimaßnahmen berechtigt glaubte, zumal er an ihrer Wirksamkeit nicht zweifelte; diese mildernden Umstände können aber die sozialdemokratischen Polizeityrannen von Preußen nicht für sich in Anspruch nehmen; denn es handelt sich hier um Leute, die damit herumprahlen, daß sie das „arme unterdrückte Volk" aus der „Knechtschaft des preußischen Militarismus" in die „Freiheit" des Volksstaates auf Grund der „freiesten Verfassung der Welt" geführt hätten. Außerdem aber hätten sie eben aus der Geschichte der Metternichschen „Reaktion" lernen können, daß eine Idee nicht mit lächerlichen Polizeimaßnahmen vernichtet werden kann. Diese Einsicht kann man allerdings von den sozialdemokratischen Parteigrößen bei ihrer notorischen Geschichtsunkenntnis und Verständnislosigkeit der Geschichte gegenüber nicht erwarten. Ein sehr lehrreiches Beispiel dafür sind die Geschichtsklitterungen, mit denen der Reichsjammergeneral Hörsing gleich einem brutalen und geistlos bramarbasierenden Räuberhauptmann seine jämmerlichen Ausführungen am Sonntag hier in Bremen schmückte.

Um die Uebereinstimmung des neupreußischen roten Absolutismus mit dem Metternichschen System zu zeigen, seien einige überraschende Vergleiche gezogen:

| Einst: | Jetzt: |
|---|---|
| **Knebelung der Pressefreiheit und der freien Meinungsäußerung:** ein Beispiel für viele: Unterdrückung des Stuttgarter Beobachters. | Zahlreiche ungerechtfertigte Verbote des „Völkischen Beobachters" und anderer nat.-soz. Zeitungen. |
| **Knebelung der akademischen Freiheit:** Hoffmann von Fallersleben, der Dichter des Deutschlandliedes, wegen seiner „Unpolitischen Lieder" von seiner Breslauer Professur entfernt; Auflösung der Deutschen Burschenschaft; Verweisung von Studenten von den Universitäten. | Verbot der großdeutschen Studentenschaften; Provokationen der Studenten auf akademischem Boden durch die Polizei unter Gebrauch des Gummiknüppels; Maßregelung von Studenten. |
| **Gesinnungsschnüffelei und Gesinnungsterror:** Demagogenhetze und Demagogenriecherei: Demagogenuntersuchungen durch eine Ministerialkommission in Preußen, durch die Zentraluntersuchungskommission in Frankfurt: viele Existenzen vernichtet, 18 000 „Fälle" untersucht. Turnplätze geschlossen; Haussuchungen gehalten. — Bei Anstellung von Lehrern und Geistlichen polizeiliche Gutachten. | Republikanischer Schwerbedebund, Einseitige Anwendung des Gesetzes zum Schutze der Republik. Nachweis des roten Parteibuches; Verbot der N.S.D.A.P. für Beamte; Entlassungen und Disziplinarstrafen; Verfassungswidrige Verfolgung von Beamten wegen Teilnahme am Volksbegehren. |
| **Polizeiliches Willkürregiment:** Arndts Papiere beschlagnahmt und gefälschte Auszüge veröffentlicht. | Fälschung des „Femebildes" durch die Berliner Polizeidirektion; Ungerechtfertigte Verbote des Stahlhelms, von NSDAP.-Versammlungen, Auflösung von Ortsgruppen, brutale Niederknüppelung unschuldiger Zuschauer bei der Eröffnung des Reichstages am 13. Okt., unverhüllte Parteilichkeit der Polizei zu Ungunsten der NSDAP. und Rechtsverbände, zugunsten des Reichsbanners und der Sozis, Verfolgung der Farben Schwarz-weiß-rot, obwohl diese in der Reichsverfassung anerkannt sind. |
| **Verfolgung der nationalen Farben der Freiheit und Einigung.** | |

Zum Schluß sei noch erwähnt, daß sich der Reichsbannerhäuptling Hörsing am Sonntag als ein ganz reaktionärer Polizeiknüppelheld entpuppte, als er mit Bezug auf den warmen Empfang, den ihm die Bremer Nazis bereiteten, den Polizeibeamten vorwarf, daß sie uns nicht mit dem Knüppel „kaputtgeschlagen" hätten.

Welches waren die Folgen der Metternichschen Reaktion? — Die Revolutionen von 1830 und 1848 und der Sturz aller Metterniche.

Welches werden die Folgen des roten Absolutismus in Preußen sein?!

## Motor-Fahrzeugbesitzer!

An alle Parteigenossen und Freunde der Bewegung, die Besitzer eines Motorfahrzeuges (Lastkraftwagen, Personenwagen, Motorrad) sind, ergeht die Aufforderung, dem Nationalsozialistischen Automobil-Korps (NSAK) beizutreten und so als Mitglied des NSAK durch Unterstützung unserer Redner und vor allem unserer SA. mitzuarbeiten am Siege unserer Bewegung und damit an der Befreiung unseres Volkes.

Die wesentlichen Satzungen des NSAK. besagen:

Das Nationalsozialistische Automobil-Korps (NSAK) ist eine Vereinigung von Mitgliedern und Freunden der Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung, die sich verpflichten, freiwillig Dienst für die Nationalsozialistische Bewegung, insbesondere für deren S.-A. zu tun.

Dem Korps kann jeder nationalgesinnte Deutsche angehören, der im Besitze eines Personenkraftwagens, eines Lastkraftwagens, oder eines Motorrades ist.

Der Beitrag beträgt: Für Personenkraftwagen-Besitzer RM. 5.—, vierteljährlich, für Besitzer von Lastkraftwagen und Motorräder RM. 2.— vierteljährlich. Die Beiträge sind auf das Postscheckkonto München 20181 für Martin Bormann, Nationalsozialistisches Automobil-Korps, einzuzahlen.

Der NSAK ist korporatives Mitglied des Nationalen Deutschen Automobilklubs und genießen daher die Korpsmitglieder auch alle Vorteile dieses Klubs., **ohne besonderen Beitrag.**

Ausführliche Satzungen können bei der Geschäftsführung des Korps, München, Schellingstr. 50, angefordert werden.

Das NSAK. ist in fünf große Unterbezirke aufgeteilt. Führer in diesen Bereichen sind die Stellvertreter des Obersten S.-A.-Führers.

Die Motorfahrzeuge tragen die Korpsplakette in Silber am Kühler, während des Dienstes außerdem den Dienstwimpel.

Aufgaben des Korps sind: Beförderung von führenden Personen der Partei und von S.-A.-Abteilungen, Nachrichtenübermittlung usw. Für Ersatz der Unkosten während der Dienstfahrten sind besondere Entschädigungssätze festgelegt. Für je 1000 Kilometer anerkannte Dienstfahrt wird von dem Korps-Führer eine an den Wagen anzubringende Ehrenplakette verliehen.

**Hinein in das NSAK.**

**Korpsführung des NSAK., München, Schellingstraße 50.**

Meldungen und Auskünfte nimmt entgegen und erteilt die Geschäftsstelle der N. S. D. A. P., Bremen, Pelzerstraße 12/13.

**Berlitz-Schule.** In diesen Tagen beginnen neue Kurse in allen europäischen Sprachen für Anfänger und Fortgeschrittene im Einzel- und Klassenunterricht durch nationale Lehrkräfte (siehe Anzeige.)

# Rote Justiz,

(Fortsetzung.)

## Der Betrug an der Staatsbank Werthauer sowie Weismann schwer beschuldigt, aber nicht verfolgt.

Die Rolle, Träger des öffentlichen Gewissens zu sein, vom Staatsanwalt abgelehnt, vom Justizminister gebilligt, übernahm der im Kutisker-Prozeß tätig gewesene Bücherrevisor Philipp Lachmann. Ein wagemutiges, ja tollkühnes Unterfangen: der unbemittelte Privatmann, ohne jegliche Beziehungen gegen den geldmächtigen Justizrat mit einer Tasche voll einflußreicher Persönlichkeiten und gegen die Passivität der Strafjustiz in Preußen. Lachmann fand in dem noch jugendlichen Berliner Rechtsanwalt Dr. Menz die unerläßliche juristische Hilfe.

**Unter Berufung auf seinen Sachverständigeneid hatte Lachmann in den beiden Kutisker-Prozessen diese Beschuldigungen erhoben:**

**Beihilfe am Betruge der Staatsbank (Dr. Werthauer),**

**Bilanzfälschung sowie Betrug an Iwan Kutisker selbst (Dr. Engelbert).**

Dr. Werthauer und Dr. Engelbert, beide Syndici der sallierten Kutisker-Banken, jener oft, dieser täglich im Bankbetrieb, als die Staatsbank noch Millionen hinüberschieben, die besten Kenner dieser Finanztransaktionen, und, nach der Beschuldigung, deren intellektuelle Urheber überhaupt, sie brachten es über sich, als Verteidiger Kutiskers vor Gericht aufzutreten. Sie beherrschten alle Möglichkeiten, um dem Gericht jede denkbare Aufklärung zu erschweren, ja, unmöglich zu machen.

Mit der Begründung: weil der anwesende, die Kutisker-Anklage vertretende Staatsanwalt aus dem umfangreichen schriftlichen und mündlichen Sachverständigen-Gutachten nicht die gesetzlich gebotenen Folgerungen zieht, muß der Kampf um die öffentliche Moral außerhalb des Gerichts ausgetragen werden, wiederholte Lachmann seine Beschuldigungen in der Presse und in Eingaben politisch und gesetzlich interessierte Personen. Dr. Engelbert schwieg, aber Dr. Werthauer klagte, jedoch nicht wegen Beleidigung vor dem Strafrichter, sondern bei den Zivilgerichten auf Unterlassung der Beschuldigungen, da sie ihn in seinem Erwerbsleben schädigten.

Zwischen den beiden Prozessen (Kutisker-Prozeß erste und zweite Instanz) richtete der Bücherrevisor Lachmann an den Preußischen Ministerpräsidenten Braun folgenden „Offenen Brief":

Berlin NO. 18, den 15. März 1927.
Elbinger Straße 18.

Dem Herrn Ministerpräsidenten.

„Ich habe in meiner Eigenschaft als gerichtlicher Sachverständiger in den Prozessen gegen Kutisker und Genossen, Holzmann und Bartels schwere Beschuldigungen gegen zwei Persönlichkeiten erhoben, die an hervorragender Stelle im öffentlichen Leben wirken: gegen den Rechtsanwalt und Notar Herrn Justizrat Dr. Johannes Werthauer und gegen den obersten Ihrer Beamten, Herrn Staatssekretär Dr. Weismann.

Wie bereits durch öffentliche Gerichtsverhandlungen durch den Barmat-Ausschuß usw. bekannt geworden ist, habe ich in meinem umfangreichen Gutachten diejenigen Tatbestände angeführt, welche

1. bei dem Justizrat Werthauer auf Betrug bezw. auf Beihilfe zu dem von J. Kutisker gegenüber der Preußischen Staatsbank begangenen Kreditbetruge schließen lassen, und die mich veranlaßten, Herrn Justizrat Werthauer als das Aushängeschild Kutiskers zu bezeichnen, und die
2. bei dem Staatssekretär Dr. Weismann hinreichenden Anhalt für das Vorliegen der passiven Bestechung ergeben. Ferner behaupte ich, daß der Herr Staatssekretär die Eidespflicht bei seiner Zeugenvernehmung am 5. Februar 1926 gröblich verletzt hat.

Rechtlich sind nur zwei Folgen einer solchen Behauptung möglich. Entweder es wird gegen die von mir Beschuldigten ein Strafverfahren eröffnet, oder wegen Beleidigung gegen mich selbst. Eine der beiden Folgen aber muß eintreten, wenn anders der Freistaat Preußen auf den Namen eines Rechtsstaates Anspruch erheben will.

Statt dessen bin ich unter haltlosen Begründungen verfolgt worden: Die Industrie- und Handelskammer zu Berlin hat mir auf Betreiben des Justizrats Werthauer meine Bestallung als beeidigter Bücherrevisor entzogen, — wegen angeblich formaler „Verfehlungen" unter ausdrücklicher Ablehnung der Untersuchung des Tatbestandes, und dies deshalb, weil es mir meine Selbstachtung verbot, mich besonderen, nur für mich erlassenen, meine Gutachtertätigkeit einschränkenden Richtlinien zu unterwerfen. Ich bin also sozusagen geschädigt worden unter Umgehung des staatsbürgerlichen Grundrechts: des rechtlichen Gehörs.

Wenn ich mich heute als bedrängter Staatsbürger an den Herrn Ministerpräsidenten als an das Staatsoberhaupt wende, so tue ich das, um zu erreichen, daß im Rechtsstaate geschehe, was rechtens ist.

Ich bitte danach den Herrn Ministerpräsidenten,

1. bei der preußischen Staatsregierung beantragen zu wollen, zu beschließen, daß das Justizministerium die Staatsanwaltschaft anweise, entweder gegen die von mir Beschuldigten — und zwar bezüglich des Herrn Justizrat Werthauer, mit Rücksicht auf das inzwischen neu hinzugetretene Belastungsmaterial — Anklage zu erheben, oder gegen mich selbst vorzugehen,
2. als Vorgesetzter des Staatssekretärs Weismann diesen dienstlich anzuweisen, Strafantrag gegen mich zu stellen.

Den Weg des „offenen Briefes" beschreite ich deshalb, weil ich mich in dieser Angelegenheit bereits während des ganzen vorigen Jahres wiederholt an den Herrn Justizminister und an verschiedene Justizbehörden mit ausführlichen Eingaben gewandt habe, ohne jedoch einer Antwort gewürdigt zu sein."

gez. Philipp Lachmann.

Darauf hat „das Staatsoberhaupt", wie der Bücherrevisor den Ministerpräsidenten in seinem Appell an das öffentliche Gewissen nannte, keine Antwort gegeben.

Kann man Lachmann als Querulanten abtun? Mitnichten, denn die Zivilgerichte haben ihm in den Urteilen der Prozesse, die Werthauer gegen ihn bis jetzt unentschieden führt, die lautere, uneigennützige Gesinnung, die Absicht bestätigt, daß er „der Gesundheit des staatlichen Lebens einen höheren Dienst hat erweisen wollen und sittlich billigenswerte Ziele verfolgt hat." (Reichsgerichtsurteil, abgedr. im Bd. 123 der Entscheidungen des Reichsgerichts für Zivilsachen S. 271/79.) Den Kampf gegen Werthauers Begehren führt vor dem Reichsgericht der 1923 von den Franzosen aus Mainz ausgewiesene bekannte Rechtsanwalt Soldan.

**Es gab in Preußen keine Möglichkeit, die Helfershelfer Kutiskers auf die Anklagebank zu bringen, die Staatsräson verbot es.**

Kutisker hat in seinen beiden Prozessen leidenschaftlich beteuert, daß die an seinem Unheil Schuldigen nicht auf der Anklagebank säßen. Am letzten Prozeßtage beschwerte sich der Justizrat Werthauer bitter über die Anwesenheit der Presse aus Furcht vor Enthüllungen, die Iwan Kutisker unmittelbar vor dem Urteil zu seiner eigenen Entlastung hat machen wollen. Er hat alle Schuld auf sich genommen.

Er hat vor Gericht geschwiegen. Als er den sicheren Tod näher kommen fühlte, ließ er den Gegner Werthauers, den Bücherrevisor Lachmann, an sein zum Sterbelager gewordenes Krankenbett rufen und beichtete — als frommer Jude dem Glaubensgenossen. Die vor zwei Zeugen wiederholte Beichte enthielt u. a. diese Belastungen:

1. Vor ungefähr sechs Jahren habe Justizrat Werthauer von Kutisker neben einem Honorar zum Erwerb der Steinbank einen Betrag von zirka 3 Millionen Mark erhalten. Später hat Kutisker jedoch erfahren, daß Werthauer nur einen Teil dieses Geldes, zirka ½ Million Mark benötigt hatte.
2. Justizrat Werthauer habe dem Angeklagten Kutisker mehrfach geraten, die Staatsbank anzuscheißen, wo er nur irgend könne.
3. Rechtsanwalt Engelbert, Aufsichtsrat der Steinbank, und nicht er (Kutisker) habe den gefälschten Steinbank-Status vom 30. April 1924 veranlaßt. Er (Kutisker) will noch zu Engelbert gesagt haben, daß man einen Status nicht brauche, wo er (Kutisker) doch fast jeden Tag dreimal nach der Staatsbank gehe. Trotzdem wurde nach dem Willen Engelberts der Status, der um zirka 15 Millionen Mark günstiger dargestellt wurde, an die Staatsbank abgesandt. (Die bezüglichen eigenen Worte Kutiskers waren: „Ich schwöre es bei dem Wohle meines Enkelkindes, daß ich den Status nie vor Augen gehabt habe und über die einzelnen Posten nie gesprochen habe.")
4. Der neben Justizrat Werthauer ebenfalls als Verteidiger tätig gewesene Rechtsanwalt Dr. Herbert

# Sport in der B. N. Z.

## Deutsche Skimeisterschaft 1931.

**Glänzendes Meldeergebnis.**

Die vom 6. bis 9. Februar in Lauscha-Ernstthal stattfindende Deutsche Skimeisterschaft 1931 hat ein überraschend günstiges Meldeergebnis aufzuweisen. Fast alle namhaften deutschen Läufer und Springer sind am Start, während das Ausland trotz der 8 Tage später durchgeführten F. J. S.-Rennen wider Erwarten von der sich bietenden Gelegenheit, sich zu akklimatisieren, nur in einzelnen Fällen Gebrauch gemacht hat. Um den Titel eines deutschen Meisters bewerben sich über 18 Klm. und im Sprunglauf 75 Teilnehmer. Neben dem Titelverteidiger E. Rednagel, den Altmeistern Kröckel und Gustav Müller, Glaß, Bauer, E. Arbes, Kratzner, Kuert usw. startet eine große Reihe junger, aufstrebender Kräfte, so daß, wie auch schon die Meisterschaften in den einzelnen Landesverbänden bewiesen, mit Ueberraschungen zu rechnen ist. Für den großen Sprunglauf haben insgesamt 105 Springer gemeldet.

Am 18 Klm.-Lauf am 6. Februar beteiligen sich nicht weniger als 157 Läufer, darunter O. Wahl, R. Greiner-Willbald, so daß auch hier mit spannenden Kämpfen gerechnet werden kann. Für den Staffellauf am 7. Februar haben sich 15 Mannschaften eingeschrieben. Während der Thüringer Wintersport-Verband und der Bayerische Ski-Verband je 3 Staffeln aufstellten, schicken sämtliche übrigen Landesverbände einschließlich HDV. je 1 Mannschaft ins Rennen.

Im 50 Klm.-Dauerlauf am 9. Februar werden 46 Läufer am Start zu finden sein. Am stärksten vertreten sind neben Thüringen vor allem Bayern und Sachsen. Neben O. Wahl, Sporer, Leupold, Kuert, Burkert, Bogner, Pellkofer, Bujak, Bauer und Ermel findet man auch hier einige neue und sehr gute Läufer.

**Deutschböhmen bei den Deutschen Skimeisterschaften.**

Zu den am 7. und 8. Februar in Lauscha-Ernstthal (Thüringen) zum Austrag gelangenden Deutschen Ski-Meisterschaften hat der HDB. (Hauptverband der deutsen Wintersportvereine in der Tschechoslowakei) eine starke Mannschaft angemeldet, die sich anschließend auch an den in Oberhof stattfindenden FJS.-Rennen beteiligen wird. Der HDB. entsendet: Möhwald, R. und J. Burkert, Lauer, Lahr, Bujak, Glaßner, Dick, Purkert, Rau und Banyaz.

---

## Eislaufen.

**Sonja Henie Europameisterin.**

Die Europameisterschaften im Eiskunstlaufen wurden am Freitag nachmittag in St. Moritz zu Ende geführt. Wie zu erwarten war, wurde der Titel der Europameisterin eine sichere Beute der Norwegerin Sonja Henie, die nachher selbst erklärte, noch nie so gut gelaufen zu haben, wie an diesem Tage. Sämtliche sieben Preisrichter waren sich sowohl über den ersten als auch den zweiten Platz, den die Oesterreicherin Fritzi Burger für sich beanspruchte, keinen Augenblick im Zweifel. Sonja Henie errang den Meistertitel mit einer Platzziffer von 7359,97 vor Fritzi Burger mit 14338,29.

---

## Schwimmen.

Die deutschen Schwimm-Meisterschaften werden diesmal am 1. und 2. August in Königsberg zum Austrag gebracht. Hierzu lädt jetzt Königsberg die deutschen Schwimmer herzlichst ein und es ist zu hoffen, daß dem Rufe der Ostpreußen in großer Zahl Folge geleistet wird, um so den schwergeprüften Ostpreußen zu zeigen, daß die im Heimatlande einen starken Rückhalt finden. Der Oberbürgermeister der Stadt Königsberg, Lohmeyer, ließ jetzt im Verbandsblatt des DSV. folgende Einladung veröffentlichen:

„Der Deutsche Schwimmverband will am 1. und 2. August 1931 sein Verbandsfest in Königsberg feiern und durch seine Ostlandfahrt die unlösbare Verbundenheit des Reiches mit unserer abgetrennten Provinz bezeugen. Dieses Land, geweiht durch das auf ihm zur Rettung des deutschen Vaterlandes vergossene Blut, soll nicht nur deutsch bleiben, es soll wieder unmittelbar mit dem Stammlande verbunden werden. Was durch Versailles im Osten geworden ist, das darf nicht unantastbar gelten und dauernd dem sittlichen Prinzip der Welt Hohn sprechen. Zur deutschen Kundgebung und zum kameradschaftlichen Kampfe um die Meisterehren lade ich die Schwimmer aus allen deutschen Gauen namens der Einwohnerschaft und der städtischen Behörden nach Ostpreußens Hauptstadt hiermit herzlichst ein".

Und der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen schreibt:

„Ich würde mich freuen, wenn das Verbandstreffen Königsberg 1931 recht viele Schwimmer aus allen deutschen Gauen zusammenführt, damit diese Ostlandfahrt über den sportlichen Kampf hinaus wiederum zum eindrucksvollen Zeichen wird für die lebendige Verbundenheit von Reich und Ostpreußen!"

---

# Sport u. Sportistzweierlei

## Prenn soll Berufsspieler werden

### Amerika bietet 100000 Dollar (?).

Ein Berliner Blatt meldet, Prenn sei ein 100 000 Dollar-Angebot für die Profi-Wettspielreise durch Amerika und Australien angeboten worden. Nicht zuletzt sei dies Angebot auf Tilden zurückzuführen, der ja immer für Prenn viel übrig hatte. Der Deutsche Meisterspieler soll dies Angebot abgelehnt haben. — Wir halten diese Meldung für eine der festesten Enten der letzten Jahre. Wenn Prenn heute 100 000 Dollar für eine Wettspielreise geboten wird, dann wird Prenn bestimmt zugreifen. Er hätte es ja beinahe schon für 3000 Mark und 35 Schläger gemacht, ganz abgesehen davon, daß die Amateureigenschaft des Herrn Prenn immer schon eine eigentümliche Angelegenheit war. Wir erwähnen nur die vielen Veröffentlichungen dieser Art im Friedericus, welche bisher noch unwidersprochen geblieben sind.

---

In **Sachen Wohltätigkeitsspiel Hertha BSC.-Südstern** ist man in Berlin bisher noch keinen Schritt weiter gekommen. Hertha BSC. und Südstern sollten bis zum 26. Januar einen Teil der einbehaltenen Summen an die Witwe Herseloffs abgeführt haben, aber die Vereine haben sich an den Beschluß des VBB-Vorstandes nicht gehalten, angeblich mit der Begründung, der VBB. habe kein satzungsgemäßes Recht, dies zu fordern. Eine moralische Verpflichtung scheinen also die beiden Vereine nicht zu haben. Endgültig geklärt werden wird die Angelegenheit nun erst am 21. Febr. auf einer Vereinsvertretersitzung des VBB.

Hierzu bemerken wir, daß die beiden Vereine von der Einnahme dieses Wohltätigkeitsspieles so viel Unkosten, Platzmiete pp. abgezogen hatten, daß der an die Witwe ausgezahlte Betrag in einem geradezu lächerlichen Verhältnis zur Gesamteinnahme stand. Netter Sportgeist, nette Kameradschaft.

---

## Zuchthaus für einen Bestechungsversuch.

Ein interessantes Urteil fällte das Gericht in Glasgow. Der schottische Fußballspieler Archibald Kyle hatte versucht, den Verein Hamilton durch eine Bestechung von 100 Pfund zu bewegen, das nächste Meisterschaftsspiel zu verlieren. Die Angelegenheit kam durch eine Anzeige Hamiltons heraus. Kyle erhielt eine Zuchthausstrafe von drei Monaten!

---

Fuchs habe ihm (Kutisker) wiederholt dringend geraten, doch endlich den Justizrat Werthauer und dessen Sozius, Rechtsanwalt Engelbert, fallen zu lassen, um dadurch sich selbst zu entlasten.

Die Strafrechtspflege kapitulierte vor dem Justizrat Werthauer.

Iwan Kutisker starb seinen Aerzten in der Charitee, die ihn seit Jahr und Tag für seinen großen Prozeß konserviert hatten, zu plötzlich und völlig unerwartet am 14. Juli 1927, am Tage vor der Urteilsverkündung. An diesem Tage ist der Tod nach der Bekundung der Aerzte Iwan Kutisker selbst unerwünscht gekommen, da er von dem Urteil für sich und seine Söhne eine erhebliche Milderung erwarten durfte. Diese Erwartung soll seine Lebenskraft sogar erhöht haben.

Das Urteil über ihn ist nicht mehr gesprochen worden und damit entgingen die Kutisker-Advokaten der erwarteten moralischen Verurteilung. Nur ihnen starb ihr großer Geldgeber gar nicht — ungelegen. Iwan Kutisker ist tot, sein Mund für ewig geschlossen.

In den Prozessen Werthauer gegen Lachmann wurde durch Gerichtsbeschluß aus dem Gewahrsam des Generalstaatsanwalts am Kammergericht ein Protokoll an die Oeffentlichkeit gezogen, das den Vermerk trägt: „Nur für innerstaatsanwaltlichen Dienstgebrauch bestimmt." Er lautet:

Berlin, den 6. Mai 1925.

Gelegentlich der Rücksprache zwischen Herrn Oberstaatsanwalt Dr. Linde und Herrn Assessor Dr. Caspary einerseits und Herrn Rechtsanwalt Dr. Fuchs als Verteidiger des Iwan Kutisker andererseits (vgl. Vermerk über die Ueberreichung eines Schreibens vom 6. Mai 1925 seitens des Herrn Fuchs) äußerte Herr Rechtsanwalt Dr. Fuchs, es werde seitens der anderen Verteidiger, insbesondere seitens des Herrn Rechtsanwalt Löwe, in geradezu schamloser und unerhörter Weise gegen ihn gekämpft und gehetzt. Der Kutisker werde dahingehend beeinflußt, daß er ihm, Fuchs, kein Vertrauen schenken und besonders auch gegen die ärztliche Behandlung in der Charitee Obstruktion treiben solle. Die in Frage kommenden Herren Retsanwälte seien von Justizrat Werthauer, dem Mitangeschuldigten des Kutisker, dirigiert und täten blindlings, was dieser befehle. Die Herren nennen sich auch „Werthauerianer".

Der Endzweck des Werthauer gehe fraglos dahin, den Kutisker so stark zu erregen und durch Rücktransport wie auch evtl. strengere Behandlung seitens der Untersuchungsbehörde so sehr zu quälen, daß (infolge eines weiteren Schlaganfalles [Dr. Caspary]) sein Tod eintrete (Mitwisser!!!! [Dr. Caspary].)

Gezeichnet: Dr. Caspary, Dr. Linde, O.St.A.
am 7. 5. gesehen Lindow.
geheim z. d. Handakten.

Hat Dr. Werthauer gegen den Kollegen Dr. Fuchs das Ehrengericht bei der Anwaltskammer angerufen? Nein!

Das „Berliner Tageblatt" (am 15. Juli 1927) widmete der Sache Kutisker-Werthauer diese Betrachtung:

„. . . Im übrigen sei noch ergänzend darauf hingewiesen, daß es in der letzten Zeit zwischen Kutisker und seinem Verteidiger, Rechtsanwalt Werthauer, zu Differenzen gekommen war, bei deren Erörterung Kutisker ebenfalls wiederholt versicherte, daß die ihm zur Last gelegten Straftaten nicht auf sein Konto kämen . . ."

Der Verteidiger der beiden mitangeklagt gewesenen Staatsfinanzräte Dr. Rühe und Dr. Hellwig war — der Ring bleibt geschlossen — der Justizrat Dr. Siegfried Löwenstein.

Der Verteidiger der beiden Kutisker-Söhne, die es wissen mußten, erklärte die beiden Staatsfinanzräte als nicht getäuscht, sondern als bestochen.

Die aber kannten wieder die metallischen Wechselbeziehungen zwischen dem zweiten Staatsbankbetrüger Barmat und den Genossen.

Hier berühren wir erneut das Gebiet der — Staatsräson.

(Fortsetzung folgt.)

---

# Bücher.

**Lobeda-Singebuch**

für Männerchor (DHV.), herausgegeben von Carl Hannemann (Hamburg) unter Mitarbeit von Erwin Lendvai und Walter Rein. Der DHV. hat nun für seine Männerchöre ein eigenes Liederbuch. Schon die Namen des Herausgebers und seiner Mitarbeiter bürgen für Qualität, und so ist dieses neue Singebuch ein Meisterwerk geworden, was wohl alle übrigen Liederbücher dieser Art in den Schatten stellt. Unter den übrigen Helfern an diesem Werk finden sich u. a. Namen wie: Armin Knab, Hans Lang, Max Main, Kurt Thomas.

Dieses so reich fundierte Singebuch läßt sich an dieser Stelle nicht erschöpfend behandeln, daher muß es bei einigen allgemeinen Feststellungen bleiben. Was diesem Singebuch diese Vormachtstellung einräumt, ist vor allem in der äußerst gediegenen Auswahl des Materials begründet. Nur die wertvollsten Volksgesänge mehrerer Jahrhunderte sind berücksichtigt und somit sind jegliche Sentimentalitäten, denen man ja bekanntlich in Liederbüchern dieser Gattung begegnet, ferngehalten. Es handelt sich also hier um edelstes deutsches Kulturgut. Man spürt, ganz gleich, welchen Chor man auch daraufhin prüfen mag, die von größter Liebe getragene Hingabe und — Sachkenntnis — insbesondere auf Ausführbarkeit der einzelnen Stimmen. Die sonst so bevorzugte Vierstimmigkeit ist Gottlob zum Teil zwei- und dreistimmig geworden, was wieder zu größerer Beweglichkeit der Einzelstimmen führt. Sehr großen Wert legten die Bearbeiter auf melodische Führung „aller" Stimmen, und das wird besonders dem „Sänger" viel Freude bereiten.

Man sieht deutlich, daß es dem Herausgeber darum zu tun war, mittels dieses neuen Singbuches aus dem Volkslied neue Kraft zu schöpfen, zur weiteren geistigen Vertiefung unseres Volkes. Dem DHV. wie dem Herausgeber und seinen Mitarbeitern kann man zu diesem Werke nur gratulieren. Möge dieses neue Singebuch allgemein gute Aufnahme finden. K.D.

# Abend am Osterdeich.

Der Nebel steigt. Schwach sich behauptend gegen Dunst und Schwaden, schickt Abendsonne letzten Glanz dem müden Tag. Noch einmal flackert es rot und grell im Westen, wie ein Fanal. Ein letztes Leuchten spielt um Dächer, Zinnen. Noch einmal hebt des Wasserturmes Bau sich wuchtig aus dem grauen Hauch, der langsam, breit und undurchdringlich sich diesig hindehnt über Stadt und Wiesen. Im matten Zwielicht sind gerade eben des Buntentors Konturen schwach noch sichtbar. Fern im Osten schwimmen die Gehöfte von Habenhausen schon im Horizont.

Der Abend naht.

Versunken ist der Tag. Still wird es am Osterdeich. Von weitem klingt gedämpft der Lärm der Straßen.

Leis rauscht der Strom. Von kräftigen Regengüssen angeschwollen, treibt er gen Norden gurgelnd seine Fluten. Ein Schleppzug quält sich mühsam weseraufwärts. Im dunklen Wasser gleitet farbscheu mit das bunte Licht der Positionslaternen.

Auf breiter Straße droben fahren Autos lautlos dahin. Gespenstig huscht Scheinwerferlicht mit ihnen. Ein Fuhrwerk rollt im Zotteltrabe vorwärts, mit müden Gäulen. An kahler Deichsel schaukelt die Laterne. Auf feuchtem Asphalt spiegelt sich ihr Licht. In breiten Fenstern stolzer Häuser, die hinter weiten Gärten friedlich träumen, strahlt warmer Schein gedämpft und freundlich auf, erst hier, dann dort und schließlich überall. Sacht senkt die Nacht sich auf die große Stadt.

---

## Systematische Verdummung.

Am 23. Januar spektakelte im Casino die kommunistische Propagandatruppe „Kolonne Links". Es ist bezeichnend für den Geist der „revolutionären Massen" (die zum großen Teil aus Hosenmätzen, Kindern von 8—14 Jahren bestanden), daß derartige Plattheiten noch beklatscht wurden. „Neue Form des revolutionären Theaters" nennt der „Blutige Knochen" diese durch nichts zu überbietenden Geistlosigkeiten. Im ersten Teil befaßte man sich recht ausgiebig mit den Nazis, vor denen man trotz aller Großmäuligkeit einen Riesenbammel zu haben scheint. Dann hielt der Leiter der J.A.H. eine Brandrede gegen den imperialistischen Krieg, in der er kilometerlange Güterzüge mit Totenköpfen rollen ließ und Niagarafälle von Blut über die verdatterten Zuhörer ergoß. In der folgenden Pause wurden von den bemerkenswert sehr jungen Darstellern dann Mitglieder für die J.A.H. geworben; man machte das wie auf einer Auktion. Einige Neuaufnahmen waren die kümmerliche Ausbeute halbstündigen Bemühens.

In der zweiten Hälfte wurde in kindischer Weise die S.P.D. glossiert. Ein Sketsch gegen Kirche und Religion bewies schlagend die Ideenlosigkeit des Bolschewismus. Die gemeinsam gesungene „Internationale" beschloß den durch nichts, als durch seine Geistlosigkeit bemerkenswerten Abend. Ri.